

Eisenwurzen



Wochenblatt für das werktätige Volk im Wahlkreis Eisenwurzen

Redaktion und Verwaltung: Umstetten, Ardaggerstraße 28. Alleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Umstetten. Bezugsbedingungen: Einzelnummer 25 g. Bei Postzustellung im Monat S 1'30, Einzelemplar 30 g. Bei Zustellung durch den Kolporteur wöchentlich 25 Groschen.

Jahrgang 6

Freitag, den 13. Jänner 1933

Nummer 2

Dr. Karl Renner über den Zusammenbruch der christlichsozialen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Auf der Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei am Sonntag nahm zu den Referaten der Genossen Helmer und Popp auch Genosse Dr. Renner das Wort. Er rechnete in einer glänzenden Rede mit der christlichsozialen Politik ab.

Dr. Renner

führte unter anderem aus:

„Das christlichsoziale Regime hat Bund und Land in den finanziellen Zusammenbruch hineingeführt. Die Tatsache, daß die Christlichsozialen für diesen Zusammenbruch allein verantwortlich sind, muß vor der ganzen Wählerschaft mit aller Schärfe festgestellt werden! Das ganze Volk muß es jetzt erkennen: Die Christlichsozialen sind mit ihrer Politik fertig! Sie haben abgewirtschaftet! Das Land Niederösterreich ist in erster Linie nicht in sich zusammengebrochen, sondern durch die christlichsoziale Wirtschaft im Bund. Die christlichsoziale Bundespolitik hat ja das Sterben der Industrie und der Städte bewirkt! Diese christlichsoziale Politik hat alle finanziellen Quellen des Landes verhäutelt!

Die Folgen dieser verkehrten Politik hat nun die christlichsoziale Partei allein zu verantworten! Sie ist für die heutige Finanzlage verantwortlich zu machen!

Man muß leider als zweite Tatsache festhalten, daß sich die Landes- und Bundesfinanzen noch schlimmer gestalten werden! Das Industrieriensterben geht weiter! In einiger Zeit wird sich das wieder in den Finanzen des Landes und Bundes fühlbar machen. Infolgedessen werden die Länder gezwungen sein, von ihren Angestellten weitere Opfer zu verlangen. Wir müssen den Mut haben, dies offen auszusprechen! Keine Illusionen, keine falschen Vorpiegelungen in dieser ersten Stunde! Wir Sozialdemokraten lehnen es ab, irgendwelche Wählergruppe mit demagogischen Versprechungen zu gewinnen. Wir sagen die Wahrheit — selbst dann, wenn wir dadurch im Augenblick die Wähler kopfschütteln würden. Keine Angst, Genossen! Wir gewinnen diese Wähler bald wieder zurück, weil die Tatsachen uns recht geben werden! Es muß also festgehalten werden, daß jetzt ein — natürlich sozial durchgeführter — Gehaltsabbau notwendig ist. Schuld an dieser traurigen Tatsache ist das gänzlich verkehrte dreizehnjährige christlichsoziale Regime!

Der christlichsoziale Machtwahn!

Die christlichsoziale Politik hat verjagt! Die Christlichsozialen haben im Nationalrat und im Landtag keine Mehrheit mehr! Die Christlichsozialen wollen das nicht sehen, wollen daran nicht glauben! Sie meinen offenbar, daß sie durch den göttlichen Willen zum Regieren berufen seien! Darum sagen sie: Können wir uns mit demokratischen Mitteln nicht an der Macht behaupten, dann greifen wir eben zu undemokratischen! Dann her mit dem Diktaturparagrafen des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes! An diesem Machtwahn der Christlichsozialen krankt unser ganzes Staatswesen! Wir müssen darum alles aufbieten, um den Christlichsozialen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie nicht mehr allein regieren können! So schwer ihnen das begreiflich zu machen ist — sie müssen daran glauben!

Die christlichsozialen „Demokraten“ verweigern das Bekenntnis zur Demokratie.

Beweis, wenn die bürgerlichen Parteien keine Mehrheit mehr zustande bringen, dann müssen wir die demokratische Pflicht auf uns nehmen, bei der Mehrheitsbildung mitzu-

wirken! Das haben die Genossen im niederösterreichischen Landtag getan! Wir haben uns gesagt: Ist ohne uns keine Mehrheit für das Budget da, so fühlen wir uns verpflichtet, eine Plattform für eine neue Mehrheit mitzuschaffen! Die Partei war trotz der damit verbundenen Belastung bereit, in eine engere Arbeitsgemeinschaft einzutreten und mehr Verantwortung zu übernehmen, weil wir dies in dieser Lage als eine demokratische Pflicht gegen das Land erachten! Aber: eine solche Verantwortung kann man nur übernehmen, wenn sich die andere Partei ihrer demokratischen Pflichten ebenfalls bewußt ist! Lehnen die Christlichsozialen uns gegenüber die Demokratie ab, dann haben auch wir ihnen gegenüber keine demokratischen Pflichten zu übernehmen! Denn der Zustand, daß wir ihnen nur helfen sollen, ihren Wagen aus dem Dreck zu ziehen und daß sie uns dann wieder wegschicken, ist doch unmöglich! Eine engere Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn sich die Christlichsozialen ehrlich zur Demokratie bekennen und nicht immer mit dem Diktaturparagrafen des Ermächtigungsgesetzes drohen! Es war deshalb richtig und notwendig, daß unsere Unterhändler die Erklärung verfaßten, daß das Ermächtigungsgesetz nicht mißbraucht werde!

Die Christlichsozialen haben diese Er-

klärung, die in jedem wirklich demokratischen Lande eine Selbstverständlichkeit wäre, nicht abgegeben! Dadurch sind die Verhandlungen gescheitert! Die christlichsoziale Partei hat dafür die Verantwortung zu tragen!

Die bisherigen Verhandlungen sind damit ausgefallen. Wir haben wieder freie Hand! Wir haben keine Pflicht mehr, Verhandlungen zu suchen! Jetzt gilt es, im Landtag die notwendigen Anträge zu stellen, um dieses Budget im Interesse unserer Wähler, der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern, zu verbessern! Lehnen sie unsere Anträge ab oder machen sie gar provokatorische Vor schläge, dann stimmen wir gegen das Budget!

Die Lage ist jetzt so: Wir haben uns zu Verantwortung in schwerer Stunde bereit erklärt! Wir waren bereit, im Interesse des arbeitenden Volkes dieses Landes große moralische Opfer auf uns zu nehmen!

Die Christlichsozialen haben aber versagt. Sie haben das Zustandekommen einer Vereinbarung durch ihr undemokratisches Verhalten verhindert. Wären sie ehrliche Demokraten — der Landtag von Niederösterreich hätte noch vor dem 1. Jänner das Budget beschlossen! Die Christlichsozialen haben sich den Mut geholt, sich zur Demokratie zu bekennen, und sich dann vor dem Landtag zu verweigern! Wenn das Land heute noch kein Budget hat!

Es wird den Herren nicht gelingen, auch nur dem unerfahrensten Wähler einzureden, daß wir Sozialdemokraten das Budget verhindert haben! Nein, die erbärmliche Schwäche und die innere Zerrissenheit der christlichsozialen Partei sind daran schuld, wenn das Land ohne Budget ist! Wäre unter den heutigen Christlichsozialen noch ein Mann von dem Ansehen und der ehrlichen demokratischen Gesinnung eines Jakob Fink, so hätte diese Partei wohl nicht gezögert, ein Bekenntnis zur Demokratie abzulegen! Die Weigerung einer demokratischen Partei, sich offen zur Demokratie zu bekennen, ist in einem demokratischen Staatswesen wahrhaftig eine Schande! Die ganze Öffentlichkeit muß es erfahren, daß nur daran die Verhandlungen gescheitert sind!

Wenn nun die Christlichsozialen, die nicht mehr ein noch aus wissen, von Neuwahlen reden, so erwidern wir: Jawohl, die Neuwahlen sind von uns Sozialdemokraten für den Nationalrat längst gefordert worden! Wir sind jederzeit dafür: Löst den Nationalrat und den niederösterreichischen Landtag auf und laßt die Wähler über den schmachvollen Zusammenbruch der christlichsozialen Politik im Land und Bund unter einem entscheidenden (Stimmische Zustimmung und großer Beifall.)

Die sozialdemokratische Landeskonferenz beschließt Richtlinien für den Kampf im Landtag und arbeitet ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aus.

Am Sonntag, den 8. Jänner, trat im Alfred-Engel-Saal in der Werbertorgasse die außerordentliche Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Niederösterreichs zusammen, um über die durch das Scheitern der Verhandlungen über das Budget im niederösterreichischen Landtag gegebene Lage zu beraten und darüber zu beschließen, was nun zu geschehen hat. Die Haltung der Fraktion im Landtag fand die einmütige Billigung der Landeskonferenz. Die Konferenz stellte fest, daß die Sozialdemokraten nun wieder völlig freie Hand haben und daß sie nun mit noch größerem Nachdruck ihre Forderungen vertreten können. Die weitaus wichtigste Forderung ist: Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen.

Wenn die Christlichsozialen aber den Landtag lahmlegen und neue Verhandlungen wiederum scheitern lassen sollten, dann soll das Volk selbst zur Entscheidung aufgerufen werden. Auch das sprach die Landeskonferenz deutlich aus und auch darüber herrscht volle Einigkeit.

Ein Gruß einem alten Mitkämpfer. Den Vorsitz in der Landeskonferenz führte Genosse Anton Osenböck. Er entbot zunächst dem Genossen Smitta, der den Wiener-Neustädter Wahlkreis viele Jahre im Nationalrat vertreten hatte, zu seinem siebenzigsten Geburtstag die Glückwünsche der Konferenz.

An der Konferenz nahmen als Vertreter des Reichsparteivorstandes die Genossen Doktor Deutsch und Dr. Renner teil.

Die Ursachen des 14-Millionen-Defizits.

Aber den ersten Punkt der Tagesordnung, die Lage im Landtag, berichtete Helmer

Er führte aus: Mehr als ein Jahrzehnt führen die Christlichsozialen im Lande nach ihren Plänen und Auffassungen die Verwaltung. Das Ergebnis ist bekannt: ein Zusammenbruch auf der ganzen Linie. Die sozialdemokratische Minderheit des Landtages hat sich während der ganzen Jahre ehrlich bemüht, die Mehrheit des Landtages und der Landesregierung dahin zu bringen, die Verwaltung den geänderten Verhältnissen entsprechend sparsam einzurichten; wir haben davor gewarnt, eine Finanzpolitik zu führen, die zum Zusammenbruch führen muß. Alle unsere Mahnungen, Vorschläge und Anträge wurden nicht beachtet.

Das Land gibt seit einem Jahrzehnt mehr Geld aus als es einnimmt. Dort liegt in Wahrheit die Ursache für den

gigantischen Abgang von 14 Millionen Schilling, die man jetzt in einem Jahr hereinbringen will.

Seit dem 24. April 1932 haben die Christlichsozialen im Landtag keine Mehrheit. Um das Zustandekommen der Mehrheit im Landtag geht nun das heisse Bemühen der Christlichsozialen. Wir Sozialdemokraten haben uns nie gescheut, die auf uns entfallende Verantwortung zu übernehmen und haben das gleiche erklärt, als die Christlichsozialen an uns wegen der Bestellung des Landeshaushaltes herantraten. Allerdings unter einer gewissen Voraussetzung.

Wenn wir im Lande Niederösterreich die Verantwortung in erhöhtem Maße mittragen sollen, dann setzt das voraus, daß die Sozialdemokraten im Bunde nicht als minderwertig behandelt werden und vor allem darüber Klarheit bestehen muß,

ob die Christlichsozialen noch auf dem Boden der Demokratie stehen.

Wir haben uns in den Christlichsozialen geirrt. Der reaktionäre Flügel der Christlichsozialen Partei läßt eine Zusicherung über das Festhalten an der Demokratie nicht zu, er hat auf unsere selbstverständliche Forderung ein „Nein!“ übrig. Auch gut. Das „Nein!“ der Christlichsozialen ruft folgerichtig unser Nein hervor. Endlich muß der Zustand ein Ende nehmen, daß die Christlichsozialen die ganze Bundesverwaltung als ihren Meierhof betrachten, auf dem sie schalten und walten zu können glauben, wie es ihnen beliebt. (Zustimmung.) Von christlichsozialer Seite wurde mit

Neuwahlen im Lande

gedroht. Wir schrecken davor nicht zurück, denn wir haben Neuwahlen nicht zu scheuen. Die Abrechnung, die wir mit den Christlichsozialen bei Neuwahlen zu halten bereit sind, wird so ausfallen, daß ihnen dabei das Hören und Sehen vergehen wird. Diese Drohungen verfangen bei uns nicht, ganz besonders dann nicht, wenn sie von einer Partei ausgesprochen werden, die

ihren politischen Überfluß nur dem fortwährenden Hinausschieben der Nationalratswahlen verdankt.

Die Christlichsozialen haben unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus politischem Machtbündel zum Scheitern gebracht. Das zwingt uns eine andere Haltung auf. In voller Freiheit unseres Handelns werden wir zum Budget Stellung nehmen und jene Anträge stellen und vertreten, die im Interesse der Wählerschichten gelegen sind, die uns in den Landtag entsendet haben. Kommt es zum Wahlkampf, dann werden uns diese Wahlen gerufen finden. (Stürmischer Beifall.)

Der Beschluß der Landeskonferenz zum Kampf im Landtag.

Helmer legte dann namens des Landespartei Vorstandes folgende Resolution vor:

Die außerordentliche Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Niederösterreichs hat die Lage des Landes eingehend geprüft. Die Landeskonferenz stellt fest: Der finanzielle Zusammenbruch des Landes wurde herbeigeführt durch die Finanzwirtschaft der Christlichsozialen, die durch mehr als zwölf Jahre in schrankenloser Weise ihre Mehrheitsherrschaft in Niederösterreich aufgerichtet haben.

Diese Schwierigkeiten werden wesentlich erhöht durch das allgemeine politische Verhalten der Bundesregierung, insbesondere durch die ständige Bedrohung der Demokratie und des Parlamentarismus durch das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz.

Die außerordentliche Landeskonferenz verweist auf die Entschlüsselung, die der ordentliche Landesparteitag am 9. Oktober 1932 gefaßt hat, in der es heißt:

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten zum schärfsten politischen Kampf gegen jeden Anschlag einer verfassungsbrecherischen reaktionären Diktatur auf. Der Kampf muß mit solcher Entschiedenheit geführt werden, daß die gegenwärtige und jede künftige Regierung eindringlichst davor gewarnt seien, mit Verfassungsbruch und Diktaturplänen zu spielen.

Auf Grund dieses Beschlusses hat die niederösterreichische Landespartei von allem Anfang an

die Wechselwirkung zwischen der Politik im Lande und im Bunde hervorgehoben und den Standpunkt vertreten, daß eine geordnete Landesverwaltung unter dem stän-

digen Druck eines widerrechtlich angeordneten Notverordnungsrechtes der Bundesregierung, unter der Drohung verfassungswidriger Diktaturversuche, unmöglich ist.

Die Landeskonferenz bekennt sich neuerdings feierlich zu der Auffassung: Der oberste Grundsatz jeder geordneten Verwaltung auch in den Ländern ist die Beobachtung der grundlegenden Verfassungsbestimmung, daß die Verwaltung nur auf Grund des Gesetzes ausgeübt werden darf.

Jeder Versuch, die Verwaltung anders als auf Grund des Gesetzes zu führen, ist ein Verfassungsbruch, den die Sozialdemokratische Partei mit allen Mitteln abzuwehren entschlossen ist, und zugleich ein Anschlag auf die Sicherheit und Ordnung der Verwaltung selbst. In ihrer Entschlossenheit, jeden solchen Anschlag abzuwehren, weiß sich die Landespartei einig mit der Gesamtheit der österreichischen Arbeiterklasse, die trotz Not und Elend ihr höchstes Gut, ihre Freiheit, verteidigt.

Für die Zeit, als die Christlichsoziale Partei als tatsächliche Mehrheit des Landtages das Land beherrscht hat, trägt sie die alleinige Verantwortung. Nach den Neuwahlen hat die Sozialdemokratische Partei nach dem Grundsatz der Demokratie sich verpflichtet gefühlt, das ihr zukommende Maß der Verantwortung mit-zuübernehmen und darum mit der größten Partei des Landes Verhandlungen geführt, um mit ihr zusammen das Gleichgewicht im Landesshaushalt wiederherzustellen. Aber eine solche Zusammenarbeit hat politische Voraussetzungen: Sozialdemokraten können dies nur, wenn sich die Christlichsoziale Partei eindeutig auf den Boden der Demokratie stellt und nicht an einem

aus der Kriegszeit ausgegrabenem Diktaturparagrafen als einem Werkzeug der Bedrohung des Parlamentarismus festhält.

Sicherungen gegen einen Mißbrauch des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes wurden uns nicht geboten, und daher sind die Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen nicht gegeben und die Verhandlungen darüber gescheitert.

Im Bewußtsein der Verantwortung für das Geschick des Landes und seiner Bevölkerung hat die Sozialdemokratie es niemals abgelehnt, das Zustandekommen eines Landesbudgets zu ermöglichen, wenn die notwendigen Opfer gerecht verteilt und die Interessen der Arbeitslosen, der Fürsorgebedürftigen, der Gemeinden und der Schule entsprechend gewahrt werden. Die Sozialdemokraten behalten sich aber vor, Abänderungen des von dem Christlichsozialen Finanzreferenten vorgelegten Budgets zu beantragen und damit jene Maßnahmen vorzuschlagen, die es verhüten, daß das Land die Bezüge der Landesangestellten und Lehrer nicht ausbezahlen kann und andere wichtige Ausgaben, insbesondere in der sozialen Fürsorge, der Schule und der Arbeitsbeschaffung, einstellen muß.

Von der Annahme dieser Anträge wird letzten Endes das Zustandekommen eines geordneten Landesbudgets abhängen.

Die Sozialdemokratie wird ihre Pflicht gegenüber der arbeitenden Bevölkerung des Landes erfüllen. Kommt ein Budget in diesem Landtag nicht zustande, so trägt die Christlichsoziale als die führende Partei vor Land und Volk die Verantwortung. Dann haben die Wähler das Urteil zu fällen.

ungsweise niederösterreichische Firmen vergeben werden dürfen. Einwirkung auf die Bundesregierung zur gleichen Vorgangsweise unter verhältnismäßiger Berücksichtigung des Landes Niederösterreich.

8. Anweisung an alle der Landesregierung unterstellten Behörden, daß bei öffentlichen Arbeiten jeder Art die erforderlichen Arbeitskräfte ausschließlich durch die Vermittlung der bei den öffentlichen Arbeitslosenämtern befindlichen paritätischen Arbeitsvermittlungen bezogen werden. Ebenso sind bei Vergabe von öffentlichen Arbeiten an Privatunternehmen diese dahin zu binden, daß die erforderlichen Arbeitskräfte von den paritätischen Arbeitsvermittlungen bezogen werden. Der gleiche Vorgang ist bei allen jenen Fällen einzuhalten, wo öffentliche oder private Arbeiten durch Subventionen oder Kreditgewährung aus Landesmitteln unterstützt werden.

9. Sicherung der heimischen Arbeitsplätze durch strengste Handhabung des Zulassungsarbeitergesetzes in Industrie und Landwirtschaft.

10. Förderung des Auslandgeschäftes.

III.

Die Mittel

zur Aufrechterhaltung der Fürsorge und Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes sollen durch nachfolgende Maßnahmen gesichert, beziehungsweise freigemacht werden.

1. Abbau aller das Land nicht gesetzlich verpflichtenden Ausgaben und Subventionen.

2. Durchführung einer Verwaltungsreform:

a) Abschaffung der Doppelgleisigkeit in der Landesverwaltung,

b) Zusammenlegung des Bezirksfürsorge-rates, Bezirksstrafenausschusses und Bezirks-schulrates zu Bezirksverwaltungsverbänden,

c) Einführung einer obligaten Schul-sprengelordnung,

d) Pensionierung aller pensionsreifen Angestellten.

3. Novellierung des Fürsorgeabgabegesetzes in dem Sinne, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe nach der ursprünglichen Fassung des Gesetzes an Stelle der pauschalisierten Abgabe wieder die vierprozentige Lohnabgabe, gleich den gewerblichen Betrieben zu leisten haben.

4. Strenge Eintreibung der namhaften Steuerrückstände des Großgrundbesitzes.

5. Herabsetzung des Zinsfußes, sowohl im Interesse der Gemeindefinanzen als auch der Senkung der Produktionskosten der industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe.

6. Aufnahme einer Investitionsanleihe für Zwecke der Durchführung eines Straßenbauprogrammes zur Instandsetzung der wichtigsten Landesdurchzugsstraßen.

Die Debatte.

Genner (Japons) schildert das Arbeitslosenelend im Waldviertel. Die 27. Novelle hat tausende Arbeitslose um die Unterstützung gebracht. Die Not der Arbeitslosen ist so groß, daß es schon zu Unruhen gekommen ist. Die Partei muß daher alles tun, um den Arbeitslosen zu helfen. Wir müssen vor allem für die genaue Einhaltung des Zulassungsarbeitergesetzes eintreten.

Stodinger (Pottenstein) erklärt, daß wir uns mit aller Kraft gegen jeden weiteren Schulklassenabbau stemmen müssen. Die Schulklassen sind ja in den Industriorten heute schon überfüllt. Ich würde an einer Schule, in der 60 und mehr Schüler in einer Klasse sitzen. Wir müßten die neuen Schul-bänke und Tische auf den Boden räumen und wieder die alte Einrichtung aufstellen, damit die Kinder untergebracht werden können. Daß in so überfüllten Schulklassen keine Schulreform durchzuführen ist, ist klar. Darum müssen wir heute erklären: Schluss mit dem Schulklassenabbau! Sichert unseren Kindern wenigstens eine gute Schule.

Widmayer (Deutsch-Wagram) verwirft darauf, daß der Kampf, den wir gegen die Christlichsozialen führen, ein Kampf um die Demokratie, um die Freiheit der Arbeiter ist. Wir müssen darum alle Leidenschaften entfesseln und den Arbeitern sagen, worum es in diesem Kampfe geht. Ich habe keine Angst, wenn wir mit der Parole „Verteidigung der Demokratie“ in den Wahlkampf ziehen müssen. Die Massen unseres Volkes sind demokratisch gesinnt und werden unserer Fahne folgen!

Stift (Sirtenberg): Wir stehen einem Gegner gegenüber, der nicht demokratisch gesinnt ist. Weil die Christlichsozialen, um ihre Macht zu erhalten, auch vor der Diktatur nicht zurückschrecken, so wollen sie das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz nicht aus der Hand geben. Ich glaube aber, daß mit einem Gegner, der nicht bereit ist, sich zur Demokratie zu bekennen, kein Bündnis bewilligen können. Unsere Genossen müssen daher bei den Verhandlungen hart bleiben! Ich weiß, die Christlichsozialen haben gedroht, sie werden das Budget mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes durchsetzen. Mit dieser Drohung wollen sie an uns eine Erpressung ausüben. Darauf erwidern wir: Sie sollen es nur pro-

Hilfe und Arbeit für die Arbeitslosen!

Die Fürsorge muß uneingeschränkt aufrechterhalten werden! — Heraus mit einem umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramm!

Abgeordneter Genosse Franz Poppe legte der Konferenz ein großzügiges Programm zur Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich vor. Genosse Poppe führte dazu aus:

„Als wir mit den Christlichsozialen in Verhandlungen wegen des Landesvoranschlags eintraten, haben wir unsere Mitwirkung von politischen und sachlichen Voraussetzungen abhängig gemacht. Wir haben erklärt: Gewiß, das Land hat infolge der verfallenen christlichsozialen Finanzpolitik einen Abgang von 14 Millionen Schilling. Es muß daher gespart werden. Wir werden auch noch aufzeigen, wo gespart werden kann. Aber wir stellen nachdrücklich fest: Auf Kosten der Armen, Sicken, Kranken, Alten und Arbeitslosen darf das Land nicht saniert werden! Die Ausgaben für Fürsorgezwecke dürfen nicht verringert werden!

Wir haben weiter auch die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes gefordert! Es war nicht das erstemal, daß wir dieses Verlangen stellten. Bereits im Winter 1931 haben wir im Landtag den Antrag eingebracht, daß ein Wirtschaftsprogramm erstellt werden soll. Ich verweise weiter darauf, daß wir bald nach Zusammentritt des neuen Landtages einen Antrag wegen Schaffung eines Winterhilfsgesetzes eingebracht haben. Es ist nur unserem Eingreifen zu danken, daß die ursprünglich vorgesehenen Beiträge des Bundes für die Winterhilfe wesentlich erhöht wurden. Wir haben im Landtag auch beantragt, daß die Arbeitslosen von der Mietzinssteuer befreit werden. Wir haben immer einen leidenschaftlichen Kampf für die Einhaltung des Zulassungsarbeitergesetzes geführt! Wir haben im Sommer in einem Dringlichkeitsantrag ein Notopfer der Allgemeinheit für die Arbeitslosen verlangt! Diese Aktion hat auch dem Kampf unserer Genossen im Nationalrat für die Arbeitslosen sehr genützt. Sie sehen, wir waren stets bestrebt, den Arbeitslosen zu helfen! Denn wir wissen, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem unseres Landes ist. Wir haben derzeit 77.000 unterstützte Arbeitslose im Lande. Dazu kommen zehntausende Ausgesteuerte und solche, die überhaupt keine Unterstützung erhalten haben. Man muß also die Zahl der Arbeitslosen in Niederösterreich mit weit mehr als 100.000 annehmen! Mit den Familienmitgliedern sind das 300.000 bis 400.000 Menschen! Welche Summe von Not und Elend diese Ziffer ausdrückt, brauche ich hier nicht zu schildern. Es ist

die erste und oberste Pflicht des Landtages, Vor-sorge zu treffen für die Arbeitslosen!

Wir haben ein Programm zur Schaffung von Arbeit aufgestellt, das in drei Teile zerfällt: 1. enthält es Fürsorgemaßnahmen; 2. weist es den Weg zur Schaffung von Arbeit, und drittens zeigt es auf, wie die finanziellen Mittel beschafft werden könnten. Genosse Poppe bespricht nun eingehend das Arbeitsbeschaffungsprogramm und schließlich: „Das sind die Forderungen, die wir Ihnen vorlegen und die wir im Landtag vertreten werden. Wir Sozialdemokraten wissen, daß die entsetzliche Wirtschaftskrise, unter der wir so sehr leiden, eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Die Krise ist daher

Der Beschluß der Landeskonferenz über das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich nimmt weiter eine unheilvolle Entwicklung. Zimmer wieder werden neue Betriebsstillegungen oder Einschränkungen gemeldet. Die niederösterreichische Landespartei stellt angesichts dieses Massenelends neben den im allgemeinen Wirtschaftsprogramm der Gesamtpartei enthaltenen Forderungen und dem Kampf gegen die verderblichen Auswirkungen der Richtlinien in einzelnen Teilen des Landes aus Anlaß der Beratungen des Landesvoranschlags für das Jahr 1933, nachfolgende Forderungen auf:

I.

Aneingeschränkte Aufrechterhaltung der Fürsorgetätigkeit des Landes und der Gebietskörperschaften.

Dazu wird gefordert:

1. Volle Aufrechterhaltung der Fürsorge des Landes in allen Zweigen, insbesondere in der Armenfürsorge, Krankenfürsorge und Jugendfürsorge.

2. Einleitung einer Hilfsaktion für die durch die Wirtschaftskrise in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Bezirksfürsorge-räte und Industrie-gemeinden, die infolge der immer weiter fortschreitenden Aussteuerungen immer größere Belastungen übernehmen müssen.

3. Sicherungen der notwendigen öffentlichen Mittel zur Durchführung der Winterhilfsaktion.

4. Mietzinsausnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose bis zur Höhe der Landesmietzinssteuer.

5. Errichtung von Arbeitslosenauszahlungsstellen in allen jenen Gemeinden, die die Errichtung und Führung derselben bei der Landesregierung beantragen.

II.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Neben der Aufrechterhaltung der Fürsorge muß es Hauptaufgabe des Landes sein, alle im Rahmen der Landesverwaltung möglichen Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, der Arbeitsbeschaffung zu dienen. Aus diesem Grunde wird gefordert:

1. Die Durchführung der projektreifen Auf- und Nachregulierungen und Damm-schutzbauten. Bei der Inangriffnahme der Arbeiten ist besonders auf die Notstandsgebiete des Landes Rücksicht zu nehmen. Die in diesen Gebieten bereits begonnenen Arbeiten sind mit dem höchstmöglichen Arbeiterstand fortzusetzen.

2. Die rascheste Durchführung der Marsch-schutzdammbauten in beiden Konkurrenzgebieten und die Sicherstellung der für die Beitragsleistung des Landes erforderlichen Mittel.

3. Die Wiederaufnahme der seit 1914 unterbrochenen Arbeiten am Sammelkanal der Liesingbadtalgemeinden.

4. Endliche Durchführung der bereits mehrfach geforderten und zugesicherten Übernahme von 1265 Kilometer Bezirksstraßen in die Bundesverwaltung. Die hiedurch freiwerdenden Beträge sind zu sofortigen Notstandsarbeiten des Landes zu verwenden.

5. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sind zu Herstellungen von Wasserleitungen aus Landesmitteln unverzinsliche Darlehen zu gewähren.

6. Durchführung der von der Bundesregierung mehrfach zugesagten wirtschaftlichen Hilfsaktion für die Industriegebiete in Niederösterreich.

7. Anweisung an alle der Landesregierung unterstellten Behörden, daß öffentliche Arbeitsaufträge nur an österreichische, bezie-

bieren! Da werden sie ihre Wunder erleben! Nicht nur die Niederösterreicher, sondern auch die anderen Bundesländer würden sich gegen einen solchen Angriff auf die Selbstbestimmung der Länder zur Wehr setzen. Denn das wäre das Ende des Föderalismus in Österreich. Ich bin daher dafür, daß wir uns durch keine Drohungen einschüchtern lassen und gegen das Budget stimmen. Wenn das zu Neuwahlen führt, so werden wir den Christlichsozialen einen Wahlkampf liefern, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Wir werden die Wähler aufklären über die christlichsoziale Schandwirtschaft, die Land und Bund zugrunde gerichtet hat. Wir werden Kräfte organisieren, über die die Gegner staunen werden! Die Wähler werden diesen Wahltag zum Wahltag machen. Das Recht steht auf unserer Seite und so kann dieser Kampf nur siegreich enden.

Schubert (Wiener Neustadt): Ich schließe mich den Ausführungen des Genossen Stiller an. Wir haben Wahlen nicht zu fürchten und können es ruhig darauf ankommen lassen, das Budget abzulehnen, wenn die Christlichsozialen nicht nachgeben. Die Christlichsozialen, die das Land seit Jahrzehnten verwalten und nun am Ende ihres Lateins sind, sollen nun auch allein die Verantwortung für ihre Mißwirtschaft tragen.

Rießer (St. Pölten) sagt, daß die Verhandlungen über das Landesbudget in der ganzen Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt werden. Die notleidenden Menschen erhoffen sich von der gesetzgebenden Körperschaft Hilfe. Ich begrüße es deshalb, daß die Partei ein eigenes Wirtschaftsprogramm aufgestellt hat. Die Arbeitslosigkeit lastet so juchendbar auf unserem Lande, daß es unsere erste und wichtigste Aufgabe ist, den Arbeitslosen zu helfen und ihnen Arbeit zu verschaffen.

Rexler (Zwettl): Die Christlichsozialen haben seit Jahren in diesem Lande ein Hochstaplerleben geführt. Wir sollen nun dabei mitwirken, ihre Schulden zu bezahlen. Das müssen wir ablehnen! Die Lehrer sind ohnehin sehr schlecht bezahlt und man sollte ihnen keine weiteren Opfer zumuten. Wir glauben, daß es zweckmäßiger wäre, bei den Gehältern der Hof- und Regierungsräte mit dem Sparen anzufangen.

Dr. Deutsch (Parteiobstand): Die bürgerlichen Parteien, deren Zerfetzung von Jahr zu Jahr fortschreitet, möchten sich mit dem Bunde über Gegensätze innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbst beruhigen; der Wunsch ist bei ihnen der Vater des Gedankens. Wir wollen nicht leugnen, ja wir sagen es offen, daß die Reichspartei und die Landespartei versucht haben, zu einer allgemeinen Formel zu kommen, weil nach unserer aller Meinung es eine Landespolitik ohne Rücksicht auf die Reichspolitik gar nicht geben kann.

Den Christlichsozialen möchte es passen, daß sie im Bund eine Politik der Provokationen machen, in Niederösterreich aber, wo sie uns brauchen, den Demokraten hüt aufsehen. Die Gesamtpartei dankt der niederösterreichischen Partei, daß sie in diesem Kampf in Niederösterreich nie außer acht gelassen hat, daß sie ein Bestandteil der Gesamtpartei ist. Der Versuch, von Niederösterreich aus den Kampf für die Demokratie zu führen, ist eine Ehre für die niederösterreichische Partei. Wenn sich die Christlichsozialen am Geiste der Demokratie verübigen, werden sie es selbst zu büßen haben. Wir haben nach dem Scheitern der Verhandlungen freie Hand. Wenn wir in neue Verhandlungen eintreten, so tun wir es, weil wir ein Chaos vermeiden wollen, aber wir werden niemals außer acht lassen, daß im Vordergrund das Interesse des Arbeitsvolkes, der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Angestellten und der Kleinbauern steht. Wenn es bei den neuen Verhandlungen zu keinem Ergebnis kommt und wenn es notwendig ist, die Massen des Volkes zum Kampf aufzurufen, können wir wohl sagen: um den Ausgang dieses Kampfes braucht uns nicht bange sein! (Stürmischer Beifall.)

Dr. Tschabel (Mannersdorf): In den Reihen der Parteigenossen herrscht über die letzten Vorgänge im Landtag vielfach Unklarheit. Ich halte es daher für notwendig, im ganzen Lande eine Versammlungsaktion einzuleiten, um die Wählerschaft aufzuklären.

Büchler (Wiener Neustadt): Ich bin der Meinung, daß wir die Resolution des Landesparteivorstandes annehmen sollen. Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe so deshalb, weil ein Vorschlag von mir, den ich schon früher gemacht habe, in dieser Resolution nicht berücksichtigt wurde. Ich glaube nämlich, man sollte die wichtigsten Teile des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, das Genosse Popp vorgetragen hat, auch in die politische Resolution aufnehmen. Die wichtigste Aufgabe unserer ganzen Politik ist ja die Arbeitsbeschaffung für unsere Arbeitslosen. Mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm können wir dann, wenn es die Christlichsozialen haben wollen, auch getrost in den Wahlkampf ziehen.

Nachberger (Ranzkirchen): Ich bin für die Annahme der vorgelegten Resolution. Es scheint mir sehr wichtig, daß wir mehr Einfluß auf die Verwaltung des Landes be-

Boden für die Bauernföhne!

In der Debatte sprach Abgeordneter Genosse Alois Mentastl über die Notwendigkeit der Bodenreform. Gerade die Wirtschaftskrise zwingt uns, diese Forderung zu erheben. Früher, solange die Industriebetriebe im Gange waren, konnten die überzähligen Bauernföhne in die Industrie abwandern. Das ist nun nicht mehr möglich. Wir müssen daher für die Bauernföhne am Lande selbst Arbeit schaffen. Es ist notwendig, daß wir ernsthaft und entschieden für die Bodenreform kämpfen. Wir haben schon in der letzten Landtagsitzung mit diesem Kampf begonnen, als wir die Aufhebung des Fideikommisses für das Gut Witterau forderten. Das Gesetz über die Regelung der Fideikommiss gibt uns die Möglichkeit, doch ein Stück Bodenreform durchzuführen. Nach dem § 3 dieses Gesetzes kann ein Antrag auf Fideikommissregelung dann gestellt werden, wenn der Besitzer Bundes-, Landes-, Bezirks- oder Gemeindeabgaben schuldig ist oder Rückstände von Sozialversicherungsbeiträgen hat.

Da bekanntlich die Großgrundbesitzer große Steuerrückstände haben, kann von der Landesregierung die Aufhebung des Fideikommisses verlangt werden. Diese Forderung muß auch im Interesse der Gemeinden vertreten werden! Es gibt viele Gemeinden, die förmlich ohne Einnahmen sind, weil die Großgrundbesitzer keine Steuern bezahlen und daher auch die Gemeinden keine Umlagen erhalten. Es wird die Aufgabe unserer Vertreter in den Gemeinden, Bezirkskörperschaften und Krankenkassen sein, daß sie Anträge auf Aufhebung der Fideikommiss stellen, um so die rückständigen Steuern hereinzubringen. Die Aufhebung der Fideikommiss wird zum Verkauf vieler Großgrundbesitzungen führen. Auf dem dadurch freiwerdenden Grund ist eine Siedlungsaktion für Bauernföhne und eine Besitzteiligungsaktion für Kleinbauern durchzuführen.

kommen. Wir sehen es bei den Nichtlinien für die Arbeitslosenversicherung, wie bedenklich es wäre, wenn das Sozialministerium in unseren Händen wäre. Ich bin der Meinung, wir sollen mehr Verantwortung übernehmen und dafür mehr Einfluß und Macht eintauschen.

Schneidmahl (St. Pölten) beantragte zunächst, daß in das Wirtschaftsprogramm auch die Förderung des Auslandsgeschäftes aufgenommen werden soll. Dann sprach er über die Verhandlungen mit den Christlichsozialen: Es ist gar kein Zweifel, daß auch die Arbeiterklasse ein hohes Interesse an einer geordneten Landesverwaltung hat. Landesverwaltung heißt ja Fürsorge, heißt Aufrechterhaltung des Schulbetriebes, heißt Straßenerhaltung und Arbeitsbeschaffung! Kommen die Finanzen des Landes in Gefahr, so brechen auch die Gemeinden zusammen, an denen wir das größte Interesse haben! Die Arbeiterklasse hat also ein großes Interesse an der Landesverwaltung! Darum müssen wir uns auch ernsthaft mit den Landesfinanzen beschäftigen! Wir müssen es auch deshalb tun, weil die Christlichsozialen nicht mehr die Mehrheit im Landtag haben. Mit der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich in letzter Zeit auch der politische Überbau geändert! Wir haben heute in Niederösterreich das Dreiparteiensystem! Bei diesem System ist es so, daß die Verwaltung nur dann mit demokratischen Methoden geführt werden kann, wenn sich wenigstens zwei Parteien verständigen! Aus dieser Erwägung haben wir mit den Christlichsozialen verhandelt. Eine Zusammenarbeit steht aber voraus, daß zwischen den beiden Parteien, die sich über gewisse Fragen verständigen wollen — der Gegenstand in den großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen ist natürlich unüberbrückbar! — ein erträgliches Verhältnis besteht.

Im Einvernehmen mit der Gesamtpartei haben wir an die Spitze unserer Forderungen das Verlangen gestellt, daß Sicherungen gegeben werden, daß das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz nicht mißbraucht werde.

Wir haben auch erreicht, daß sich unser Partner bereit erklärt hat, darüber zu verhandeln. Diese Verhandlungen selbst konnten nicht von uns Niederösterreichern allein geführt werden, sie mußten, da das nicht allein Landesache ist, von den Vertretern der Gesamtpartei geführt werden. Mittlerweile sind in Niederösterreich die sachlichen Verhandlungen weitergegangen, über die sachlichen Dinge kamen wir zu einem Abschluß, über die politische Frage sind die Verhandlungen gescheitert.

Der Kampf um die politische Frage geht natürlich weiter, mit anderen Methoden und auf einem anderen Boden.

Wenn es nun in Niederösterreich zu neuen Verhandlungen kommt, werden wir nichts Grundföhlisches preisgeben; scheitern diese Verhandlungen, weil die Christlichsozialen als führende Partei nicht die notwendige Verantwortung zu tragen gewillt ist, trifft sie die volle Schuld. (Großer Beifall.)

Silldorf (Wiener Neustadt): Uns ist es sehr wichtig, daß durch mehr Einfluß in der

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Bodenreform von uns Sozialdemokraten erkämpft werden muß. Die Christlichsozialen, die Schützer der Großgrundbesitzer und Großbauern, werden natürlich keine Bodenreform durchführen. Gezwungen durch unsere Anträge, tun sie zwar so, als ob sie für die Bodenreform wären, aber das ist nur Augenauswischerei. Die Christlichsozialen reden jetzt von einer freiwilligen Aufteilung großer landwirtschaftlicher Güter. Daß dabei nichts herauskommt, ist selbstverständlich. Es ist sehr bezeichnend, daß die christlichsozialen Bauernführer auf ihrer letzten Bauerntagung in Wien kein Wort von der Bodenreform sprachen. Herr Reither verlangte dort die allgemeine Wehrpflicht. Damit will er offenbar die notleidenden Arbeitsbauern retten! Außerdem sagte er, die Bauern brauchen eine stabile Währung, damit ihre Einlagen in den Sparfassen nicht entwertet werden. Herr Reither ist also der Meinung, daß es den Bauern so gut geht, daß sie viel Geld in die Sparfassen tragen können. In Wahrheit stecken die Arbeitsbauern bis über den Kopf in Schulden. Das also sind die Forderungen der christlichsozialen Bauernführer! Die Stellungnahme der Christlichsozialen zur Bodenreform wird hoffentlich den Arbeitsbauern die Augen öffnen. Die Bauern werden endlich erkennen, daß sie nur dann zu einer Bodenreform und zu einer wirklich nutzbringenden Agrarpolitik kommen, wenn sie gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten kämpfen. (Großer Beifall.)

Genosse Mentastl stellte dann folgenden Antrag:

„Der Landtagsklub wird beauftragt, alles zu tun, um die Aufhebung der Fideikommissgüter in Niederösterreich zu beschleunigen.“

Verwaltung die Gemeinden geschützt werden, die Fürsorge aufrecht bleibt und daß Arbeit geschaffen wird. Wenn die Christlichsozialen unsere berechtigten Ansprüche ablehnen, dann können wir getrost in den Wahlkampf ziehen. Ich kann Sie versichern, daß die Arbeiter und Arbeitslosen treu zur Partei stehen.

Wache (Schwechat): Ich spreche mich gegen einen weiteren Gehaltsabbau bei den Lehrern aus. Die Lehrer haben ja schon oft und oft Opfer bringen müssen. Sie können keine weiteren Gehaltskürzungen ertragen. Die Masse der Lehrer in Niederösterreich ist in die Dtskklasse C eingereiht. Sie hat also sehr niedere Bezüge, und die Lehrer erhalten auch keine Studienbeiträge. Man muß daher ernste Bedenken haben, einem weiteren Lohnabbau bei den Lehrern zuzustimmen. Es besteht auch die Gefahr, daß dann auch andere Länder ihr Budget auf Kosten der Lehrer sanieren und damit fällt dann das ganze Befoldungssystem. (Beifall.)

Nach Genossen Wache sprach Genosse Dr. Kerner, dessen Rede wir an einer anderen Stelle bringen.

Nach der Debatte folgten kurze Schlüssreden der Referenten Seimer und Popp. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme beider Entschlüsse. Der Vorsitzende Ofenböck würdigte dann in einer kurzen Rede das erfreuliche Ergebnis der Konferenz und schloß mit einem Aufruf zu eifriger Aufklärungs- und Werbearbeit die Beratung.

Askö-Meisterschaften im Wintersport in Traisen am 21. und 22. Jänner 1933.

Das genaue Programm lautet: Samstag, den 21. Jänner: 12-Kilometer-Langlauf der Sportler. Abmarsch zum Start um 11 Uhr vom Gasthaus Putze. — Verschiedene Läufe der Kinder (in 2 Gruppen: unter 12 und über 12 Jahre); Abmarsch zum Start um 13 Uhr vom Gasthaus Analler. — Festversammlung: 20 Uhr in Putze Kinosaal. Es wirken mit: Arbeiterjugendbund „Metallklang“ Traisen, Jagzorchester der Noten Spielergruppe Traisen. Anschließend Unterhaltungsabend im Kinosaal.

Sonntag, den 22. Jänner: 5-Kilometer-Lauf der Sportlerinnen und Jugendportler. Abmarsch zum Start um 8 Uhr vom Gasthaus Naimann. — 6-Kilometer-Mannschaftslauf der Sportler. Abmarsch zum Start um 8 Uhr vom Gasthaus Brandstätter. Die Mannschaft besteht aus 4 Mann, die geschlossen starten und ebenso durchs Ziel kommen müssen. Ausbringen eines Mannes bedeutet Aufgabe der gesamten Mannschaft. — Slalomlauf der Sportler. Abmarsch zum Start um 8 Uhr vom Gasthaus Analler. — Festzug zur Sprunghölze (alle Teilnehmer marschieren, auch die Nichtwettkämpfer). Abmarsch um 13 Uhr vom Gasthaus Putze. — Sprunglauf auf der Tiefentalhölze. Beginn 14 Uhr. Siegerverföndigung 18.30 Uhr im Gasthaus Putze. Kleine Änderungen des Programms, bedingt durch technische Schwierigkeiten, sind vorbehalten!

Nennungen für die Teilnahme an den Askö-Meisterschaften sind an den Genossen Rudolf Zerabel, Traisen Nr. 214, zu richten. Sie müssen enthalten: Zu- und Vorname des Wettkämpfers, Geburtsjahr, die Angabe der Läufe, an denen der (die) Angemeldete teilnehmen will, ferner die

DIE WERBETAFEL

Am 1. Jänner Sonntag haben im ganzen Land die Werbungen für die Parteiwochenblätter wieder eingesetzt. Ein friedlicher sozialistischer Wettbewer hat eingesetzt. Die Lokalorganisationen wetteifern miteinander, neue Leser der Parteiwochenzeitungen zu gewinnen. Es wurden geworben:

Zeitung „Badener Wacht“:
Reobersdorf 51 Abonnenten (zweite Werbung).

Zeitung „Marschfeldbote“:
Auersthal 23 Abonnenten.
Neubau-Kreuzstetten 5 Abonnenten.

Zeitung „Volkswacht“:
Erpersdorf 16 Abonnenten.
Zwentendorf 13 Abonnenten.
Moosbierbaum 31 Abonnenten.
Dürndorf 26 Abonnenten.
Welf 17 Abonnenten.
Tulln 13 Abonnenten.
Altengbach 35 Abonnenten.

Zeitung „Volkswille“:
Langenlois 4 Abonnenten (2. Werbung).
Etsdorf 7 Abonnenten.
Altmanns 10 Abonnenten.
Thaures 13 Abonnenten.
Gmünd 8 Abonnenten.
Gföhl 9 Abonnenten (2. Werbung).

Zeitung „Volkstimme“:
Mödling 52 Abonnenten.

Zeitung „Gleichheit“:
Ebenfurth 53 Abonnenten.
Eggendorf 30 Abonnenten.
Gölles 4 Abonnenten.
Zillingdorf 11 Abonnenten.
Sollnau 23 Abonnenten.
Felixdorf 34 Abonnenten.
Mehendorf 1 Abonnent.
Wiener Neustadt 127 Abonnenten.
Sofam Leitha 6 Abonnenten.
Theresienfeld 6 Abonnenten.

Zeitung „Volkspost“:
Bruck an der Leitha 106 Abonnenten (2. Werbung).
Albern 7 Abonnenten.
Simberg 5 Abonnenten.

Drei Orte haben über die Werbung nicht rechtzeitig berichtet. Wir bringen daher diese Resultate erst nächste Woche.

Zusgesamt wurden also am 8. Jänner 762 neue Abonnenten geworben. Trotz Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit sehen immer mehr Arbeitsmenschen ein, welche Zeitung aufrichtig ihre Interessen vertritt. Aber noch immer sind es viel zu wenig. Die Werbung geht weiter!

Die ständigen Schiedsgerichtsbeisitzer.

Auf der Landeskonferenz am 8. Jänner wurden folgende Genossen als ständige Schiedsrichter gewählt: Schneidmahl, Reznof, Brachmann, Werndl, Widmayer, Gajner, Sedmaier, Wondrak, Paupill, Heim, Reif, Sautmann, Pofsch, Marie Graf (Neunkirchen), Büchl (Viesing), Mittelbach, Mentastl, Popp, Schneeberger, Büchler, Stifa, Wache, Hans Grill (Verndorf), Schubert, Bergauer, Rislinger, Reitmaier, Frühwirt, Nachberger, Seidl.

Ankunftszeit und ob Massen- oder Gasthausquartier gewünscht wird. Die Anmeldungen müssen die Vereinskampfbilge tragen. Gültiger Mitgliedsausweis ist mitzubringen! Das Renngeld (1 Schilling, für Arbeitslose und Jugendliche 50 Groschen) ist nach Ankunft beim Festauskunft zu erlegen. Sonstige Festbesucher (Nichtwettkämpfer) sind ebenfalls zu melden, wenn diese Quartier benötigen.

Nennungsstluß: 16. Jänner 1933!
Alle Teilnehmer begeben sich sofort nach Ankunft in das Kinderfreundehaus in Traisen (von der Station Feinstahlwerke über die Traisenbrücke in 2 Minuten zu erreichen), wo der Festauskunft tagt und die Wohnungszettel ausgegeben sowie alle Ankünfte erstatet werden. Sowohl im Bahnhof Traisen als auch in der Station Feinstahlwerke werden ab Samstag früh bei allen eintreffenden Zügen Ordner mit roten Armbinden als Führer zur Verfügung stehen. Quartiere in Gasthäusern kosten durchschnittlich S 1'50 pro Bett, Lager in den Massenquartieren voraussichtlich 80 Groschen. Für die Massenquartiere sind Schlafdecken mitzubringen. Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse kommen nur sehr wenig Privatquartiere in Betracht. Bepflegung: Mittagessen kosten S 1'20 bis S 1'80. Für die Startnummer haftet der Wettkämpfer. Die Nummern müssen am Ziel abgegeben werden! Eine eventuelle Verleschigung der Veranstaltung wird in den Tagesblätter benanntgegeben. Arbeiterportler und Sportlerinnen! Zeigt, daß der Arbeiter-Wintersport marschiert. Kommt alle nach Traisen!

Der neue Raubkrieg Japans.

Weit von uns, im fernen China, ist ein neuer Krieg ausgebrochen. Japanische Truppen sind in Nordchina eingebrochen und haben weite Landstriche besetzt. Hunderttausend arme Menschen fliehen vor den japanischen Eindringlingen. Viele konnten auch nicht einmal die ärmlichste Habe mit sich nehmen. Schutzlos sind sie dem Hunger und der Kälte preisgegeben.

Selten ist ein Krieg geführt worden, bei welchem der angreifende Staat weniger „Recht“ für sich geltend machen konnte als diesmal Japan. Was Japan als Begründung seines Einbruches in China anführt, sind haltlose Ausreden. Gegen alles Recht besetzt es weite Gebiete Chinas, deren Bevölkerung rein chinesisch ist und die nicht die geringste Sehnsucht hegen, von Japanern beherrscht zu werden. Die japanischen Imperialisten wollen große Teile Chinas ihrer Ausbeutung unterwerfen — das ist die wahre Begründung für die blutigen Schlachten, in denen tausende Chinesen und Japaner den sogenannten „Selbentod“ gestorben sind.



Japan und China sind beide Mitglieder des Völkerbundes. Beide haben den Kriegsschlichtungsvertrag unterzeichnet, der den Krieg als Mittel zur Austragung von Streitigkeiten ausschaltet. Und doch hat Japan das wehrlose China überfallen! Was sagt der Völkerbund zu dieser Gewalttat eines seiner Mitgliedsstaaten gegen ein anderes Mitglied der Völkerfamilie? Unter nimmt er ernsthafte Maßnahmen gegen das recht- und friedensbrechende Japan? Nein, er berät, er setzt Kommissionen und Ausschüsse und Unterausschüsse ein. Aber sie kommen zu keinem Ergebnis. Der Völkerbund bringt nicht die Kraft auf, dem blutigen Krieg im Fernen Osten ernsthaft Einhalt zu tun.

Die Großmächte, auf die es vor allem ankommt, fürchten Japan und machen ihm die Mauer. Der japanische Raubkrieg bedeutet die Niedertrampeln des Völkerrechtes und den Zusammenbruch des letzten Restes Ansehens des Völkerbundes. Aber er bedeutet auch große Aufträge für die internationale Nahrungsindustrrie, die wieder einmal an zerfetzten Menschenleibern die verdienen will. Und da Japan sich die geringste Ausrede zurecht gelegt hat, daß es gegen den andbrechenden Bolschewismus in China zu Felde gezogen sei, lassen die Kapitalisten und ihre Regierungen sie gewähren. Die Welt sieht ruhig zu, wie die Welt an einem Ende lichterloh zu brennen beginnt.

Der Grünbacher Streik beendet.

Am 6. Jänner hat die Vollversammlung der streikenden Grünbacher Bergarbeiter beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Seit dem 7. Jänner wird in Grünbach wieder gearbeitet.

Um es rundweg herauszusagen: Der Streik brachte den Grünbachern keinen Erfolg. Sie haben die Verbesserung ihrer Löhne, ein größeres Stück Brot, nicht durchgesetzt. Aber auch die gefährlichen Träume der Bergherren sind glücklicherweise nicht in Erfüllung gegangen. Die Grubenbesitzer haben versucht, den Bergarbeitern die erworbenen Rechte zu rauben und die Löhne um 5 Prozent herunterzusetzen. Diese Anschläge sind gescheitert. Der Streik bringt keinerlei Verschlechterung für die Grünbacher Bergarbeiter, freilich auch keine Verbesserung.

Was ist an diesem Mißerfolg des Bergarbeiterstreiks schuld? Das Fehlen einer schlagkräftigen Gewerkschaft. Von den elfhundert Streikenden waren nicht mehr als etwa 150 gewerkschaftlich organisiert.

Es ist eine alte Erfahrung, daß nur organisierte Arbeiter erfolgreiche Lohnkämpfe führen können. Wären die Grünbacher

Bergarbeiter alle Mitglieder ihrer Gewerkschaft gewesen, dann hätten sie die Lohn-erhöhung wahrscheinlich sogar ohne Streik durchsetzen können.

AUS DEM LANDHAUS

Der Landesvoranschlag.

Der Finanzausschuß des niederösterreichischen Landtages hat in dieser Woche seine Beratungen über den Voranschlag des Landes fortgesetzt. Wir haben schon in der vorwöchigen Nummer berichtet, was Abgeordneter Genosse Poppe über die sozialdemokratischen Vorschläge für die Arbeitsbeschaffung gesagt hat. In der Sitzung des Ausschusses am 4. Jänner besprach Poppe auch noch die von den Christlichsozialen geplanten

Gehaltskürzungen der Lehrer und Landesangestellten.

Er fragte, ob die Gehaltskürzungen der Lehrer auf einem mit dem Nationalrat patierten Gesetz beruhen und wann ein solches Gesetz in Kraft treten könnte; weiter fragte er, ob er wegen der Gehaltskürzung der Altpensionisten das Einberufen mit der Gemeinde Wien gepflogen worden sei. Es müsse auch die Frage geklärt werden, von welchem Bezüge die Steuern, Krankentassenbeiträge usw. berechnet werden, von den gekürzten oder von den ungekürzten Bezügen.

Am 9. Jänner setzte der Finanzausschuß die Beratungen fort.

Der Christlichsoziale Abgeordnete Nieber hob als Berichterstatter hervor, daß die Landesverwaltung mit 15 Prozent am Gesamterfordernis und mit 2 1/2 Prozent an der Bedeckung beteiligt ist. Durch Verringerung der Dienstbezüge der Mitglieder der Landesregierung und durch die Einstellung der Dienstkraftwagen, bis auf einen für den Landeshauptmann, konnten Ersparungen gemacht werden. Da der Landtag nur noch 56 Mitglieder zählt, ist auch das Erfordernis für den Landtag selbst niedriger als im Vorjahre. Die gesamten Kosten für den Landtag, einschließlich Finanzkontrollausschuß und Stenographenamt, machen nur sechs Tausendstel des Gesamterfordernisses aus. Daraus geht hervor, daß alle reaktionären Behauptungen über die Kostspieligkeit der demokratischen Selbstregierung bewußte Unwahrheiten sind.

Die gewerbliche Krankenkasse in Baden.

Besprach Genosse Ristinger, die er als eine Fehlgründung bezeichnete. Sie wies von allem Anfang an schwere Mängel auf und heute ist es so weit, daß sie ihre Leistungen gegenüber den Versicherten und den Ärzten äußerst einschränken muß. Weiter kritisierte der Redner die Art der Amtsführung bei den Bezirkshauptmannschaften, besonders beschwerte er sich über den langen Amtsentlauf.

Die ausländischen Saisonarbeiter.

Genosse Widmayer wies darauf hin, daß in Niederösterreich noch immer 14.000 ausländische Landarbeiter beschäftigt sind. Die Lohnsumme, die sie ins Ausland tragen, machte im letzten Jahr allein, nach vorsichtigen Berechnungen, rund 11 Millionen Schilling aus. Dazu muß dieses Geld nach den Beiträgen den ausländischen Landarbeitern in fremder Währung bezahlt werden. Außer diesen Landarbeitern kommen aber im sogenannten kleinen Grenzverkehr noch viele andere tausend Ausländer über die Grenze zu uns und nehmen hier unseren Arbeitslohn noch das bißchen Arbeit weg. Der Einwand, daß unsere heimischen Landarbeiter nicht die notwendige Qualifikation für den Ackerbau und die Müllenernte haben, trifft nicht mehr zu, sie können heute sowohl was die Qualität als auch die Quantität anlangt, es mit den ausländischen Arbeitern aufnehmen.

Die Hirtenberger Waffenschlebung.

brachte der Landtagspräsident Genosse Reznek zur Sprache. Er verwies auf die Erregung, welche dieser riesige Waffenschmuggel im Lande hervorgerufen hat. Landeshauptmann Dr. Buresch erwiderte, daß die Untersuchung dieser Angelegenheit in erster Linie Sache der Bundesregierung sei.

Schutz für unsere Landarbeiter.

In der Sitzung am 10. Jänner besprach Abgeordneter Widmayer neuerlich die Verwendung ausländischer Landarbeiter. Er wies darauf hin, daß auch in Deutschland keine ausländischen Landarbeiter mehr beschäftigt werden, nicht einmal die burgenländischen Arbeiter dürfen dort noch Verwendung finden. Er beantragte dann, daß der Grenzverkehr strenger überwacht und das Inlandarbeiter-schutzgesetz rigoros durchgeführt werden soll; Arbeitgeber, die das Gesetz verletzen, sollen mit der höchsten Strafe belegt werden.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die geteilte Gehaltsauszahlung an die Angestellten und Lehrer

und über die Gehaltskürzungen. Der Landtagspräsident Genosse Reznek

Die Grünbacher werden aus diesem Lohnkampf lernen. Die Sozialdemokraten rufen ihnen zu: Hinein in die Gewerkschaft! Der Ruf wird nicht vergeblich sein.

wies darauf hin, daß die Angestellten und Lehrer ein gesetzliches Recht auf die Auszahlung am Ersten jedes Monats haben. Die Staffelung der Gehaltskürzung muß sozial gerecht vorgenommen werden und Einkommen bis zu 200 Schilling müssen von der Kürzung ganz ausgenommen sein. Energisch muß die Regierung gegen die Bucher Institute vorgehen, die die öffentlichen Angestellten bei Darlehensgewährungen schädigen. Ausführlich beschäftigte sich Reznek dann mit der Frage der Verwaltungsreform. Die Verwaltung muß einfach und billig sein und den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden. Zu diesem Kapitel sprachen dann noch die Sozialdemokraten Dittelbach und Ristinger.

Dann wurde ein Antrag Rezneks angenommen, daß noch vor der Beendigung der Beratungen des Finanzausschusses mit den zuständigen Organisationen der Angestellten und Lehrer ein Einberufen über die Staffelung der Gehaltskürzung herzustellen und darüber dem Ausschuss berichtet werde.

Eine riesige Waffenschlebung der Faschisten. Italienische Waffen für Ungarn gehen über Oesterreich. — Die Regierung Dollfuß hat es erlaubt!

In Hirtenberg wurde ein geradezu ungeheuerlicher Waffenschmuggel von Italien nach Ungarn aufgedeckt. Zwischen Weihnachten und Dreikönigtag kamen in der Hirtenberger Munitionsfabrik 50 Waggon Gewehre und Maschinengewehre aus Italien an. Der Inhalt der Bahnwagen wurde als „Eisenwaren“ bezeichnet. Diese „Eisenwaren“ waren in Kisten verpackt, die in Hirtenberg nicht geöffnet, sondern für die Weiterbeförderung mittels Lastautos nach Ungarn ausgeladen wurden. Mehrere Autos mit den „Eisenwaren“ sind auch bereits vor Aufdeckung der riesigen Waffenschlebung über die ungarische Grenze gebracht worden.

Die fünfzig Bahnwagen mit Waffen enthielten nicht weniger als die Ausrüstung eines ganzen Armeekorps mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren.

Der Zweck der Waffenschlebung

ist leicht zu erraten. Jugoslawien und Italien liegen in ständigem Hader miteinander. Mussolini hat die faschistische Regierung Ungarns für seine jugoslawienfeindliche Politik gewonnen, denn die ungarischen Machthaber möchten dem Südslawenstaat wieder Kroation und Slavonien entreißen. Ungarn darf aber nach dem Friedensvertrag nicht offen zum Krieg rüsten. Deshalb bemüht sich Mussolini, seine ungarischen Verbündeten mit Waffen zu versorgen. Dies ist nur möglich, wenn die Waffen über österreichisches Gebiet geführt werden, denn zwischen Italien und Ungarn liegt Jugoslawien; der Südslawenstaat läßt die Waffeneinfuhr aus Italien nach Ungarn begreiflicherweise nicht zu.

Wenn Osterreich sich nicht mit Jugoslawien und seinen Verbündeten, Tschechoslowakei, Polen und Frankreich, verfeinden will, darf es die Durchfuhr von italienischen Waffen nach Ungarn nicht zulassen.

Was aber hat die Regierung Dollfuß getan?

Die Regierung hat den riesigen Waffentransport ausdrücklich gestattet!

Zwei Heimwehrmänner sind Minister in der Regierung Dollfuß. Ihre Sympathie steht offen auf der Seite der italienischen Faschisten und der ungarischen Monarchisten. Der Christlichsoziale Bundeskanzler Dollfuß muß sich die Heimwehrminister in guter Laune erhalten, weil er die Stimmen des Heimatblocks für seine Zweistimmnenmehrheit im Parlament unbedingt braucht. Die Heimwehrminister haben die Regierung — also auch den Bundeskanzler — von dem Waffentransport verständigt und die Regierung hat ihn auch ausdrücklich zugelassen. Mein Gott! Der Direktor der Hirtenberger Munitionsfabrik ist ja

Der jüdische Heimwehrfreund und -geheber Mandl,

der an dem Waffentransport schwer verdienen wollte. Der heutige Macher der Hirtenberger Patronenfabrik, ist „politisch“, er hat sich der Heimwehr eingegeben. Einem solchen Herrn darf man doch nichts abschlagen, selbst auf die Gefahr hin,

Ein Nazieinbruch beim Heimwehrkommandanten von Mauer.

Am 13. September 1931 haben die Heimwehrfaschisten mit der Waffe in der Hand einen Putz gegen die Republik unternommen. Keiner der Hochverräter wurde bestraft. Die Regierung ließ ihnen auch die Waffen. Zwei Heimwehrmänner sitzen als Minister in der Regierung Dollfuß. Da werden sich doch die Herren Sahnenchwanzfaschisten keinen Zwang auferlegen!

Der Wirtschaftsbesitzer Franz Au ist Heimwehrkommandant in Mauer (bei Wien). Selbstverständlich verfügt er über die Waffen und Ausrüstungsgegenstände der Heimwehr von Mauer. Das Arsenal der Mauerer Sahnenchwanzfaschisten ist am 6. Jänner von Einbrechern heimlich gelichtet worden. Es war nicht schwer, zu erraten, wer die Einbrecher waren. Auch Faschisten, aber gewissermaßen solche von der Konkurrenz! Die Nazi-Stubmabteilung von Mauer brauchte Waffen. Daher schickte sie ihre verlässlichsten SA-Einbrecher zum Heimwehrkommandanten Au, um Waffen zu „besorgen“. Leider ging die Geschichte schief. Die halantkreuzlerischen Waffendiebe wurden verhaftet und dem Gericht eingeliefert.

Die Mauerer Heimwehr wird den Keinen Verlust, der ihr durch den Einbruch der Nazifaschisten entstanden ist, leicht verschmerzen können. Sie hat ja noch genug andere Waffen und Ausrüstungsgegenstände, nicht wahr, Herr Au?

daß die Osterreichische Republik dadurch in die schwersten Ungelegenheiten kommt. Erst als der „Eisenwaren“transport in Hirtenberg aufgedeckt wurde, begann Dollfuß verlegene Ableugnungen zu stellen. Er verkündete, die Waffen seien „zur Reparatur“ nach Hirtenberg gebracht worden.

Eine offenkundige Unwahrheit, denn die Hirtenberger Munitionsfabrik ist für die Reparatur von Waffen überhaupt nicht eingerichtet, und in Hirtenberg ist keine einzige der Waffentisten auch nur aufgemacht worden.

Das Ausland über die Waffenschlebung.

Die europäische Öffentlichkeit hat diese Förderung der faschistischen Pläne Ungarns und Italiens in Osterreich mit großem Mißvergnügen vermerkt. Im französischen Parlament machte der Sozialdemokrat Longuet am 10. Jänner die Regierung auf den Waffentransport aufmerksam. Er beschuldigte die Osterreichische Regierung, daß sie dabei Mithilfe geleistet habe.

Die Waffenschlebung beschäftigte am 10. Jänner auch den Hauptausschuß und den Voranschlagausschuß des Osterreichischen Nationalrates. Im Voranschlagausschuß widerlegte Genosse Doktor Deutlich die Lügen, die von den willfährigen bürgerlichen Zeitungen über den aufgedeckten Waffenschmuggel verbreitet werden. Erst ist behauptet worden, die Gewehre seien „Altmaterial“ und „Eisenwaren“, als dies kein Mensch glaubte, schwindelte die „Reichspost“ über höheren Auftrag, die entdeckten Waffen sollten in Steyr hergerichtet und nach Südamerika geführt werden. Wozu sind sie dann aber in der Hirtenberger Patronenfabrik des Heimwehr-Mandl abgeladen worden? Deutlich sagte wörtlich:

„Wir protestieren entschieden gegen Kriegsrüstungen solcher Art, noch dazu von Kriegsrüstungen zweier faschistischer Staaten, und wir lehnen es ab, auch nur einen Schein der Verantwortung dafür zu übernehmen.“ Weiter sagte er wörtlich: „Jedermann weiß, welche Spannungen in Südosteuropa bestehen. Osterreichisches Interesse ist es,

strengste Neutralität

zu wahren. Wer diesen Waffenschlebung entgegentritt, die in der ganzen Welt Mißtrauen gegen Osterreich erzeugen müssen, wer sich für die strengste Neutralität unseres Landes einsetzt, der betätigt wahren Patriotismus, nicht aber jene, die eine Politik der Abenteuer machen. Indem wir gegen diese Waffenschlebung auftreten, üben wir unsere internationale Pflicht im Interesse der Erhaltung des Friedens.“

Ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag

gegen die Regierung Dollfuß wegen des Waffentransportes wurde in der Hauptausschußsitzung am 10. Jänner eingebracht. Mit nur einer Stimme Mehrheit wurde er von den Regierungsparteien abgelehnt. In der geheimen Hauptausschußsitzung versuchte der Bundeskanzler das unverantwortliche Vorgehen der Regierung zu rechtfertigen.

Achtung, Lokalorganisationen!

Kassierbücher, Markenkontobücher, Subkassierbücher und Mitgliederverzeichnisse sind bereits vorrätig und können vom Gebietssekretariat bezogen werden.

Die Erhebungsbogen über den Stand der Parteiorganisation sind den Lokalorganisationen bereits übermittelt. Für die Einreichung der Berichtsbogen ist als äußerster Termin der 16. Jänner bestimmt.

Die Gebietsleitung.

An alle Posteinzelbezieher!

Dieser Nummer liegen Erlagsscheine zur Bezahlung des Abonnements der „Eisenwurzen“ für den Monat Jänner bei. Es wird ersucht, dies umgehend zu tun.

Kolporteurs, Trafikanten, Achtung!

Sie wurden bereits verständigt, daß Reklamen von der Verwaltung nicht angenommen werden; wir machen nochmals auf diese Bestimmung aufmerksam. Zugelassene Reklamen werden nicht anerkannt. Bezugsänderungen müssen längstens jeden Dienstag hier eintreffen, ansonsten können sie nicht mehr für die laufende Woche erledigt werden. Die Verwaltung des Blattes.

Bezirk Amstetten

Amstetten. Warnung vor kommunistischen Sammlungen. Seit 13 Jahren bemühen sich die Kommunisten, an die Arbeiter heranzukommen. Vergeblich, denn sie rennen sich an dem festen sozialdemokratischen Block immer wieder die Schüssel ein. Die harte Schule der Erfahrung hat die österreichischen Arbeiter gelehrt, daß jede Zerplitterung in den eigenen Reihen zur Einflußlosigkeit und Ohnmacht führt. Das deutsche Beispiel wirkt dazu so abschreckend, daß nirgends ein Verlangen zur Nachahmung besteht. Ein paar Beräcker und Unentwegte — das ist die ganze kommunistische Partei. Diese Leute sind durch ihre Eigenbrötelei vom rechten Wege bereits soweit abgedrängt, daß sie mit den Nazi lieber zusammenarbeiten, als mit den eigenen Klassen Genossen. Da es nicht gelingt, auf geradem Wege an die Arbeiter heranzukommen, versuchen sie es auf krummen. Sie haben sich zu diesem Zweck einige Spezialorganisationen mit verschiedenen Titeln, wie: „Rote Hilfe“, „Bund der Sonntagsfreunde“ usw., geschaffen, um den Seelenfang unter einer harmloseren Firmenbezeichnung betreiben zu können. Diese Organisationen stehen im Zeichen der sozialen Hilfsbereitschaft, bei Streiks, politischen Verfolgungen und dergleichen, und wenn es schon nicht immer gleich gelingt, die Menschen einzufangen, einige Schillinge kann man ihnen unter falscher Vorpiegelung eines sozialen Zwecks doch abknöpfen. So wird jetzt auch in Amstetten gesammelt für die Sommerer Schulbündler und die streikenden Bergarbeiter in Grünbach. Ja, man schämt sich nicht, selbst Arbeitslosen 50 Groschen abzuknöpfen. Die Unterstützung der streikenden Bergarbeiter besorgen Gewerkschaften in ausreichendem Maße, die der Angehörigen der Schulbündler die Partei. Auf die Hilfe der Kommunisten wird geprüffelt. Macht daher eure Taschen zu, wenn die kommunistischen Agenten wieder kommen.

Amstetten. Ein Unentwegter. Herr Rainmüller, Verkehrsleiter in Pension, ist ein Christlichsozialer. Aber er ist nicht nur ein Schwarzer, sondern hat auch ein gelbes Herz; er ist nämlich ein strammer Monarchist! Mit heiligem Feuer, das einer besseren Sache würdig wäre, beteuert er seine Treue zum Kaiser, bekennt er sich zur Monarchie. Er leidet halt an Unterlebensgenügnung. Erschütternd ist diese Tatsache jedoch nicht; wenigstens finden die Christlichsozialen, die sich manchmal auch als Republikaner ausgeben, nichts daran, daß Herr Rainmüller in ihren Reihen steht.

Amstetten. Der Verein „Freie Schule-Kinderfreunde“. Ortsgruppe Amstetten, erlaubt sich, auf diesem Wege allen seinen Mitgliedern, Parteigenossinnen und -genossen sowie den verschiedenen sozialdemokratischen Organisationen und Vereinen für ihre so tatkräftige finanzielle Unterstützung anlässlich der Weihnachts- und Winteraktion herzlichen Dank zu sagen. Weiter erlaubt sich obgenannter Verein, den Herren Fleischhauermeister Freisleben, Sütner, Freundschaft sowie den Herren Bäckermeister Reikersdorfer, Sieder, Treiber und Uebel für ihre liebenswürdigen Naturalspenden auf das innigste zu danken.

Hausmehning. Fußballerkranzchen. Sonntag, den 29. Jänner l. J., findet in der Fabrikrestauration Dragon (vormals Ruff) in Hausmehning ein Kranzchen des Arbeiterfußballklubs „Vorwärts“, Hausmehning, statt, zu welchem wir alle Sportfreunde und Interessenten höflichst einladen. Beginn 4 Uhr nachmittags. Für verschiedene Bestimmungen ist gesorgt.

Wallsee a. d. D. Öffentlicher Dank. Am 23. Dezember 1932 fand eine von der Lokalorganisation veranstaltete Weihnachtsaktion statt. Der Lokalorganisation wurden von Wiener Genossen eine größere

Die Schuldigen suchen einen Gündenbock.

Die Wahrheit über die Waidhofner Vorfälle.

Noch sind die Vorfälle anlässlich der Totenfeier für Genossen Schachner und am Weihnachtsabend in frischer Erinnerung. In beiden Fällen sind damals den verantwortlichen Personen des Magistrats die Nerven durchgegangen. Statt mit Ruhe und politischer Klugheit vorzugehen, wie es Leuten an so verantwortlicher Stelle, noch dazu in einer Zeit der politischen Hochspannung, geziemt, hat man es vorgezogen, den Massen zu beweisen, daß es in Waidhofen noch eine „Ordnung“ gibt, die auf „Zucht und Ordnung“ hält. So ist es zu dem geradezu lächerlichen Aufwand an „Forsicht“ bei der Totenfeier gekommen — so hat man schließlich am Weihnachtsabend, weil ein überheblicher Spatzvogel die Nervenstärke und Menschenkenntnis unserer „Gewaltigen“ erproben wollte, die Weihnachtsruhe durch ein sinnloses, durch nichts begründetes Gendarmereiaufgebot gestört. Es ist überaus bezeichnend, daß in letzter Zeit die Gerichtsmacherei in Waidhofen einen so guten Nährboden findet; noch schlimmer aber ist die Bereitwilligkeit, auf bloße Gerüchte hin die Stadt in einen förmlichen Belagerungszustand zu versetzen.

Wir können Herrn Bürgermeister Lindenhöfer und seinem Amtsleiter Ritschel keine besseren Ratschläge geben. Unsere Mahnung zur Kaltblütigkeit wird wahrscheinlich fruchtlos bleiben. Es gibt Menschen, die den Appell an die Gewalt als die ultimative Ratio der politischen Weisheit ansehen. Aber wenn dieser Gedankengang in Waidhofen schon zum Prinzip erhoben wird, dann sollen die Herren wenigstens den Mut aufbringen, sich dazu offen zu bekennen, nicht sich auf eine andere, höhere Gewalt ausreden, wie es in beiden Fällen geschehen ist. Es wurde allen Ernstes gesagt, Landesrat Schneidmahl habe sowohl für

die Totenfeier als auch für den Weihnachtsabend die Gendarmarie nach Waidhofen beordert. Das ist dumm und verlogen zugleich!

Landesrat Schneidmahl hat kein Verfügungsrecht über die Gendarmarie. Die Gendarmarie untersteht gar nicht der Landesregierung, sondern dem Bund. Die Verfügung über die Gendarmarie läßt im übertragenen Wirkungskreis der Landeshauptmann aus. Er kann „beordern“, sonst niemand!

Die Wahrheit ist folgende: Schneidmahl wurde in beiden Fällen vom Referenten für Sicherheitswesen in der Landesregierung, Hofrat Karwinski, aufgerufen. Im ersten Falle beschränkte sich sein Eingreifen darauf, daß er die Zentraleitung des Republikanischen Schutzbundes fragte, ob sie von dem beabsichtigten Aufmarsch wisse. Diese machte den Schutzbundsführer brieflich auf das Aufmarschverbot aufmerksam, der dann auch unterblieb. Im zweiten Fall erklärte Schneidmahl, daß er an eine sozialdemokratische Aktion am Weihnachtsabend absolut nicht glaube; der Magistrat Waidhofen solle sich an den Lokalvertrauensmann wenden, dort werde man sicher daselbe erfahren.

Das ist die volle Wahrheit. Es ist eine Infamie sondergleichen, wenn man jetzt für die begangenen Taten des Magistrats einen ersten Vertrauensmann der Arbeiter zum Gündenbock machen möchte. Wir stellen also nochmals mit allem Nachdruck fest:

Schneidmahl hat die Gendarmarie nicht beordert, weil er das gar nicht kann; er hat auch keinerlei Einfluß darauf genommen, daß sie entendet wurde. Gegenteilige Behauptungen sind vollständig unwahr; wenn nach dieser Klarstellung die Verleumdungen weiterverbreitet werden, müßten die Urheber zur Verantwortung gezogen werden.

Anzahl von Spielsachen, wie Tiere verschiedener Art aus Holz und Stoffpuppen, Bilderbücher, Würfelspiele usw. geschenkt. Jedes hatte Freude an der kleinen Gabe. Die Lokalorganisation Wallsee sagt im Namen aller Beteiligten jenen Genossen Dank, die dazu beigetragen haben. Insbesondere an die Rote-Falken-Gruppe Wien, Alfergrund, die uns die Sachen geschenkt hat.

Bezirk Haag

Haag. Frohe Weihnachten. Am hiesigen Postamt hat der Bauer „Meier in Handorf“ den Betrag von 531 Schilling einzahlen wollen und legt 550 Schilling samt Erlagsschein aufs Schalterbrett. Die Beamtin, die eben großen Andrang, wie er vor Weihnachten üblich ist, beim Schalter hatte, sieht das Geld und gibt 19 Schilling heraus, behandelt den Erlagsschein und vergricht momentan die 550 Schilling hineinzunehmen. Der Bauer nimmt die 19 Schilling, den gestempelten Aufgabeschein und streicht auch ruhig wieder die 550 Schilling mit ein, grüßt recht freundlich und wünscht gute Feiertage und tröstet sich. Selbstverständlich fehlen beim „Schlussmachen“ am Abend die 550 Schilling und ganz verzweifelt zer-martert sich die unglückliche Beamtin den Kopf über den Verbleib dieser Summe, für die sie ja haftet. Endlich fällt ihr die Situation mit diesem Herrn Schleindlhuber wieder ein und schon am nächsten Tag wird er ersucht, den vielleicht irrtümlich wieder an sich genommenen Betrag zum Postamt zu bringen. Doch dieser erklärt, er wisse von nichts, ihm sei in seiner Priestertaste nichts aufgefallen und übrigens habe er keine Zeit, um zur Post zu gehen. Erst als mit der Anzeige gedroht wurde, hat er freiwillig — nach den Feiertagen erst — das Geld gebracht, aber nur 531 Schilling; auf die erhaltene 19 Schilling konnte er sich halt absolut nicht erinnern — die muß nun die mit zirka 160 Schilling entlohnte Beamtin schwickeln. Dazu sei erwähnt, daß er ein sehr reicher Bauer mit drei Häusern und viel Vermögen ist. Die Weihnachtsfeier Beamtin kann man sich vorstellen! Dafür hat dieser christliche Mann zu Weihnachten gehalten: „Chre sei Gott...“

Haag. Silvesterfeier. Die Lokalorganisation veranstaltete zu Silvester ein Tanzkränzchen, das glänzend besetzt war. Die Räume im Gasthaus Haisbauer waren fast zu klein, die Besucher zu fassen. Die Musik besorgte Genosse Haider. Die Stimmung war dem Tag angemessen fröhlich. Der Schluß um 2 Uhr nachts kam allerdings manchen viel zu früh, um so länger wird der graue Alltag mit all seinen Kämpfen und Sorgen andauern.

Haag-Stadt. In der letzten Gemeinderatssitzung am 28. Dezember wurde der erste Voranschlag der jungen Stadt beschlossen. Leider bringt er eine Erhöhung der Gemeindeumlage von 30 auf 100 Prozent, die durch die um etwa 6000 S gekürzten Bundesüberweisungen verursacht wird. Über Antrag der Sozialdemokraten wurde einstimmig beschlossen, gegen die fortgesetzten Abträge und Kürzungen der Bundeszuschüsse Protest einzulegen.

Gelbe Raucherzähne Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund wurden. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B. Sorli Berg. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube S. 0.90 und S. 1.40, und wolle jeden Erfolg dafür zürück.

Haag-Stadt. Von der Winterhilfe. Bei der vor Weihnachten durchgeführten erstmaligen Verteilung der Winterhilfe wurden in Stadt Haag an etwa 65 Arme zirka 600 S Bargeld, 70 Kilogramm Mehl, 65 Maß Brot, 5 Kilogramm Fleisch, dann Kleider und Wäsche verteilt. Außerdem besuchten von beiden Gemeinden Haag-Stadt und Land täglich 165 Kinder die Mittagsauspeisung.

Bez. Waidhofen a. Y.

Waidhofen. Herzliche Bitte. Die Bevölkerung von Stadt und Land hat sich in vorbildlicher Weise in den Dienst der Winterhilfe gestellt und die Aktion nach ihren heißen Kräften durch Spenden an Bargeld und Gutscheine unterstützt. Leider blieb die Sammlung von Schuhen und Kleidern hinter den Erwartungen zurück, was vielfach auf die große Geheertheit unserer Bevölkerung im Vorjahr zurückzuführen ist. Die Unterzeichneten wenden sich jedoch trotzdem namens des Winterhilfskomitees an die Bevölkerung mit der Bitte, in ihrem Hauswesen Nachschau halten zu wollen, ob sich nicht doch noch Kleider und Schuhe, welche nicht mehr benötigt werden, befinden, die den Bedürftigen zugewendet werden könnten. Wir sind überzeugt, daß dies in manchem Haushalt noch der Fall sein dürfte. Nehmen Sie sich die kleine Mühe, in Ihren Kisten nach entbehrlichen Schuhen und Kleidern nachzusehen, viele Arme und Bedürftige werden Ihnen dafür dankbar sein. Eine Bestätigung des Bezirksfürsorgetages (Telephon Nr. 89), der Gemeinde oder an Dienstagen im Lokal der Winterhilfe (Durchhaus) genügt, die der Winterhilfe zugehenden Genossinnen abzuholen. Helfen Sie alle mit, die große Not unserer Zeit zu lindern und unserer arbeits- und erwerbslosen Bevölkerung über den Winter durchzuhelfen. Der Dank eines Großteils der Beteiligten ist Ihnen sicher.

Waidhofen an der Ybbs. Feststellung. Wir stellen hiermit fest, daß Genosse Dengauer, Kolporteur der „Eisenwurzen“ und Vertrauensmann der Mieter, selbstverständlich auch Mitglied der sozialdemokratischen Organisation ist. Alle Ausstreunungen, die das Gegenteil behaupten und geeignet sind, verdiente Funktionäre herabzusetzen, sind unwahr und energisch zurückzuweisen.

Böhlerwerk. Die Weihnachtsfeier der Kinderfreunde hat die Erwartungen der Kinder und ihrer Eltern im wesentlichen nicht enttäuscht. Wohl war es nicht eitel Wonne, was im Anlitz der Teilnehmer zu lesen war. Die Wirkung der christlichsozialen „Gin“richtlinien ist leider überall zu sehen, wo Arbeiterkinder sind. Und wenn die Kinder dennoch eine Freude hatten, so können wir sagen: Trotz den behördlichen Schikanen, trotz den Steuern, die die Patentreifen selbst auf eine Weihnachtsfeier für die Kinder der Arbeiter, der Arbeitslosen legen, war es noch möglich, den Kindern Freude zu bereiten. Der Trotz gegen die Rüden der bestehenden Ordnung, der Wille zur Befreiung spiegelte sich in

allen Darbietungen wieder: Wir haben ein Recht auf die natürlichen Freuden des Lebens und wir wollen uns diese Freuden erkämpfen. Die Mitarbeiter der in Gründung begriffenen Kinderfreunde-Gruppe in Böhlerwerk versuchen, den Grundgedanken gleichen Anspruches aller auf Freude in einer Richtung durchzusetzen: Es soll jedem Kind möglich sein, sich musikalische Fähigkeiten zu erwerben. Zu diesem Zwecke wurde jedem Kind, das nicht schon ein Musikinstrument spielt, ein Glodenpiel gegeben, das die Grundlage für einen allgemeinen Musikunterricht bilden wird. Das Schönste an der Feier war die Bereitschaft zur Solidarität bei den Kindern, wie bei den mitwirkenden älteren Genossen. Selbst Kinder brachten persönlich große Opfer für das Gelingen der Feier und fühlten sich entschädigt durch die Freude an der Leistung für die Gesamtheit. Ganz kleine Kinder zeigten bei den turnerischen Vorführungen, wie bei den Reigen eine Willensstärke, die erwachsenen Menschen leider oft fehlt. Und wie stolz sind sie, Arbeiterkinder zu sein. Die mitwirkenden Genossen arbeiteten schon viele Wochen vorher Tag für Tag an der Vorbereitung der Feier. Sie waren an dem einen Tag reichlich belohnt, durch das Leuchten in den Kinderaugen und durch das Bewußtsein: Wir alle werden einmal frei sein!

Sonntagberg. Gemeinderatssitzung. Dienstag, den 27. Dezember 1932, fand in der Volksschule in Astenau eine Gemeinderatssitzung statt. Bürgermeister Barthofer eröffnete um 6 Uhr abends die Sitzung. In den geschäftsführenden Gemeinderat wurde Gemeinderat Franz Bruckner gewählt. Nachdem Bruckner in der Gemeindefunktion war, wurde an dessen Stelle Gemeinderat Tremekberger bestimmt. Die Höhe der Hundesteuer wurde wie im Vorjahr für einen Haushund mit 3 S, für einen Zuzuhund mit 10 S festgesetzt. Subventionen wurden bewilligt: Ludwig Agner 10 S Schubbeitrag, Lambert Oberflammer 15 S für Holzzufuhr und der Ortsgruppe der Kriegswalddien in Kematen 50 S. Die Ansuchen Kasseger aus Steyr und Anna Klobhofer aus Astenau wurden dem Bezirksfürsorgetag Waidhofen abgetreten. Adolf Gschek wurde auf die Winterhilfe verwiesen. Die Anschaffung eines Sonnenschirmapparates für die Wetterstation Sonntagberg wurde aus finanziellen Gründen abgelehnt. Dem Ansuchen der Frau Marie Schmid um Auflösung der Gemeindefunktion wurde zugestimmt, weil sie seinerzeit bei Anlage des neuen Friedhofes der Gemeinde entgegengekommen ist.

Nun gelangte der Voranschlag zur Verhandlung. Während die Einnahmen im Vorjahr noch 36.800 S betragen, betragen sie heuer bloß 26.600 S. Die Einnahmenpost „Lustbarkeitsabgabe“ war mit 1500 S veranschlagt. Gemeinderat Bruckner beantragte die Lustbarkeitsabgabe für das Kino Weiß und für alle der Abgabe unterliegenden Veranstaltungen für das Jahr 1933 mit 15 Prozent festzusetzen. Er bemängelte den zu nieder angelegten Betrag und erreichte bei einer durchschneidenden Wocheneinnahme von 500 S eine Lustbarkeitsabgabe von 3.000 S. Über diesen Antrag entwickelte sich eine rege Debatte, in der besonders Gemeinderat Kramer sein altes Lied über die Verschuldung des Kinos vorbrachte. Die Post „Lustbarkeitsabgabe“ wurde dann von der Wirtschaftspartei unverändert angenommen, trotzdem ein Gemeinderatsbeschluss vom Vorjahr ausliegt, der eine prozentuale Abgabe für das Jahr 1933 vorsieht. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Bei der Post „Gehälter“ beantragte Bruckner, daß in Hinblick der Gehalt des Bürgermeisters getrennt von den übrigen Gemeindegestellten ausgewiesen wird und der Lohn des Straßenarbeiters bei den übrigen Gemeindegestellten aufscheint. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Hierauf beantragte Tremekberger die Streichung der Post „Antwärtigkeitsabgabe“. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung wurde das bisherige Pauschale von 600 S auf 300 S herabgesetzt, der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. Bei „Kanzleiauslagen, Post- und Kanzleipauschale“ verlangte Gemeinderätin Hanke genaue Auskunft über die Verwendung einzelner Auslagen und Pauschale. Bei „Sanitätsauslagen“ beantragte Gemeinderat Berthold diese Post, welche ausschließlich für den Gemeindefunktionär bestimmt war, um 150 S für die Gemeindefunktionäre zu erhöhen, was angenommen wurde. Bei der Post „Krankenkasse“ fragte Tremekberger, für welche Gemeindegestellten die 900 S Krankenkasse gezahlt werden. Bürgermeister Barthofer teilte mit, daß der Gemeindefunktionär und der Straßenarbeiter frankentversichert sind. Diese Post wird auf 500 S herabgesetzt. Bei der Säuglingswache trafen die Gemeinderätinnen Paz und Hanke für die Beibehaltung der vorjährigen Summe von 1400 S ein, da heuer bereits 1332 S herausgegeben wurden. Bürgermeister Barthofer teilte mit, daß im nächsten Jahr bestimmt mit einer so großen Geburtenzahl nicht zu rechnen ist und die Bestimmungen über die Verabfolgungen strenger zu hand-

haben seien, daher mit den vorgeschlagenen 1000 S das Auslangen gefunden werden wird. Diese Post wurde sodann von der Wirtschaftspartei unverändert angenommen. Bei Subventionen beantragte Tremetzberger, diese Post von 600 S auf 1000 S, weiter Gemeinderat Berthold die Post „Gaben, Spenden und Notaushilfen“ von 500 S auf 1000 S zu erhöhen. Die Subventionen werden auf 1000 S erhöht, die Post „Gaben, Spenden und Notaushilfen“ auf „Unterstützungen“ abgeändert, aber der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Erhöhung abgelehnt. Bei Post „Winterhilfe“ begründete Vizebürgermeister Sattelmayer eingehend die Erhöhung des vorgeschlagenen Betrages von 2000 S auf 5000 S. Während von der vorjährigen Winterhilfe ein ansehnlicher Geldbetrag erübrigt werden konnte, wurden im heurigen Jahr infolge Trennung der Winterhilfe alle Mittel aufgebraucht, so daß im nächsten Jahr, wenn eine annähernd gleiche Winterhilfe durchgeführt werden soll wie heuer, dieser höhere Betrag unbedingt notwendig ist. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der Betrag aber doch von 2000 S auf 3000 S erhöht. Bei Punkt „Gemeindestraßen“ stellte Brudner fest, daß dies die einzige Post im Voranschlag ist, um Arbeit zu schaffen. Sie macht nur 24 Prozent der Ausgaben aus, während für Verwaltungskosten einschließlich der Gehälter 33 Prozent verwendet werden. Kestelberger verlangte einen Arbeitsplan für die Straßenarbeiten, um dem Gemeinderat Einblick in die Arbeit zu geben. Bürgermeister Barthofer erwiderte, daß ein Arbeitsplan nicht gut anzulegen ist, daß er aber einem Arbeitsnachweis nicht entgegensteht. Bei Post „Ortsbeleuchtung“ wurde von den Gemeinderäten Kestelberger und Tremetzberger die schlechte Ortsbeleuchtung kritisiert und Abhilfe verlangt. Bei „Auslagen für die Schulen“ beantragte Kestelberger 500 S für Anschaffung von Lehrbüchern mehr anzusetzen, was von der Wirtschaftspartei abgelehnt wurde, nachdem der Oberlehrer Steinböck erklärte, das vorderhand genug Bücher vorhanden sind.

Nun stellte Brudner die Anfrage, ob der Personalaufwand für die Schulen, welcher im vergangenen Jahre mit 2700 S veranschlagt war, in den Schulauslagen enthalten ist, und was mit den Ausgaben für die Kleinrentner geschah. Bürgermeister Barthofer teilte ausweichend mit, daß ihm diese Kosten noch nicht genau bekannt sind und er die Abgabenertragsanteile niedriger vorge schlagen habe. (Also ein nicht wahrheitsgetreuer Voranschlag.) Brudner beantragte, daß nach der bekannten Arbeitslosenresolution vom Mai 1932 für die Ausgesteuerten der Gemeinde vorgesorgt werden möge. Bürgermeister Barthofer erklärte, daß sich die Gemeinde die Auslagen nicht leisten könne, weil nach einer Durchschnittsberechnung von 1 S pro Tag und 13 Ausgesteuerten 4745 S notwendig wären. Schließlich wurde beschlossen, bei den in Betracht kommenden Firmen vorzusprechen und sie zu eruchen, im Bedarfsfalle ausgesteuerte Arbeitslose aufzunehmen. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde auf die nächste Gemeinderatsitzung verschoben. Den veranschlagten Einnahmen von 26.600 S stehen danach 29.125 S Ausgaben gegenüber. Der Abgang von 3075 S soll durch eine 30prozentige Gemeindeumlage gedeckt werden. Vizebürgermeister Sattelmayer stellte zum Schluß fest, daß den Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion in keiner Weise nachgekommen wurde, sie daher die Verantwortung im kommenden Jahre nicht übernehmen können und gegen den Voranschlag stimmen. Der Voranschlag wurde dann mit einer Stimme Mehrheit von der Wirtschaftspartei angenommen. Die Punkte 6 und 7 wurden für vertraulich erklärt.

Bei „Allgemeines“ stellte Brudner folgende Anfrage: Nachdem seit 27. August keine Gemeinderatsitzung war und während dieser Zeit einige aufklärungsbedürftige Vorfälle sich ereignet haben, wird angefragt: 1. Warum wurde für das Jahr 1932/33 die Winterhilfe nicht wie im Vorjahr durchgeführt? 2. Wer ist schuld, daß heuer keine gemeinsame offizielle Winterhilfe durchgeführt wurde? 3. Warum schaltet man bei der Winterhilfe die gewählten Fürsorgeräte aus, die in erster Linie berufen wären, die Bedürftigen festzustellen? 4. Wir fragen an, wie es in dem Aufruf der Pfarrwinterhilfe auf einen Gemeinderatsbeschuß hingewiesen wurde, der nie gefaßt wurde? 5. Warum

Regelt die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung!

Wie kläglich Gesetzgebung und Verwaltung verfahren, wenn es sich um arme Teufel handelt, dafür bietet die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ein Beispiel. Der Arbeitslose soll, wenn er auch stundenweit von der Auszahlungsstelle entfernt wohnt, die Unterstützung dort persönlich hebeben. Mit schlechten Kleidern und Schuhen, mit hungrigem Magen muß er oft stundenlange Märsche machen oder gar die Bahn benützen, um zur Auszahlungsstelle zu gelangen. Daß ihn das schwer trifft, daß er von der kümmerlichen Unterstützung noch zwecklose Auslagen machen muß, wird höhererorts nicht beachtet. Dann gibt es Gemeinden, in denen die Arbeitslosen schon vor Jahren sich dafür geeinigt haben, daß irgendein Organ der Gemeinde die Gelder für die Arbeitslosen hebebt und gegen eine Entschädigung, die jedem Arbeitslosen gleich von der Unterstützung abgezogen wird, die Auszahlung durchführt. Diese Entschädigung ist sehr verschieden; sie schwankt je nach den Orten zwischen 30 Groschen und einem Schilling pro Woche und Arbeitslosen. Solange die Unterstützung in normalem

Ausmaß ausbezahlt wurde, war die Sache immerhin noch erträglich. Jetzt aber, wo die Unterstützung stark gekürzt, oft nicht einmal mehr die Hälfte dessen ausmacht, was sie früher war, ist die Bezahlung einer Entschädigung zur Unmöglichkeit und Unerträglichkeit geworden. Was die Arbeitslosen dafür ausgeben, wird der Familie, vor allem den armen Kindern entzogen. Da muß Abhilfe geschaffen werden! Entweder richtet die Regierung, so wie in Deutschland, fliegende Kommissionen zur Auszahlung der Unterstützung ein, oder Bund und Land müssen gesetzliche Vorkehrungen treffen, daß mehr Auszahlungsstellen errichtet, beziehungsweise die Gemeinden zur Auszahlung ohne jedwede Entschädigung verpflichtet werden. Das ist durchaus nichts Unmögliches. Unmöglich ist jedenfalls, daß der Arbeitslose, ausgehungert und in schlechter Kleidung, stundenlang, jeder Witterung ausgesetzt, zur Auszahlungsstelle marschieren muß, oder für eine lächerlich geringe Leistung gleich Entschädigungen bis zu einem Schilling bezahlt.

wurde bei der Gemeindevinterhilfe vor Weihnachten nur die Hälfte der in der Gemeindevorstandssitzung bewilligten Menge ausgegeben? Bürgermeister Barthofer erwiderte zu Punkt 1, daß die Wirtschaftspartei der Meinung war, die sozialdemokratische Fraktion sei damit einverstanden, sie haben sich den Sitzungsbeschuß vom 27. August so ausgelegt. Zu Punkt 2 erwiderte er, wenn jemand eine Schuld treffe, so könne es nur die Christlichsoziale Partei sein. Zu Punkt 3 stellte der Bürgermeister fest, daß auch im Vorjahr die Fürsorgeräte nicht mitgearbeitet haben. Punkt 4 beantwortete er darin, daß sie sich den feinerzeit gefaßten Beschuß vom 27. August so ausgelegt haben, wie die Winterhilfe eben heuer durchgeführt wird. (In einer Gemeinde drei Winterhilfen.) Zu Punkt 5 teilte Bürgermeister Barthofer mit, daß er, nachdem die Bedürftigen ohnehin von der Pfarrhilfe reichlich besetzt wurden, nur die halbe Menge ausfolgen ließ, um eventuell im Frühjahr eine weitere Ausgabe einsparungen zu können. Nach einem Neujahrswunsch des Bürgermeisters wurde die Sitzung um 11 Uhr nachts geschlossen.

Zu diesem Voranschlag sei festgestellt, daß die Einnahmen absichtlich sehr niedriger veranschlagt sind, um die Ausgaben entsprechend kürzen zu können. Personalaufwand für Schulen, Auslagen für Kleinrentner, Feuerwehr, für Ausgesteuerte, für die Eichreißer und dergleichen scheinen überhaupt nicht auf. Für Verwaltung einschließlich Gehälter wurden 33 Prozent, für Wohlfahrtszwecke einschließlich der gefeierten vorgeschriebenen Auslagen 28 Prozent, für Schulaufwand 27 Prozent, für Zinsen 10 Prozent, für Gemeindefürsorge und Beleuchtung je 1 Prozent, für produktive Arbeit und Arbeitsbeschaffung aber trotz der großen Arbeitslosigkeit kein Groschen veranschlagt. Während der Voranschlag gekürzt wird, läßt man auf der anderen Seite erfahrbare Einnahmen fallen. Dies ist der erste Voranschlag in der Gemeinde, für den die sozialdemokratische Fraktion nicht stimmen konnte. Es scheint fast, als legte die Wirtschaftspartei überhaupt keinen Wert auf eine Mitarbeit. Die Vorkommnisse bei der heurigen Winterhilfe zeigen dies deutlich. Etwas Unpraktischeres, als drei Winterhilfen in der Gemeinde, kann es überhaupt nicht mehr geben. Die Verantwortung für diese Zersplitterung fällt auf die Christlichsozialen. Wir stellen vor allem fest, daß auch der Bürgermeister mitschuldig daran ist, weil er nicht rechtzeitig Vorsorge für eine gemeinsame, offizielle Winterhilfe getroffen hat. Mögen sich auch über diese Feststellung die Hintermänner des Bürgermeisters freuen, wir werden sie im geeigneten Moment zu treffen wissen, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß ihr gutes Werk, welches sie zu tun vermeinen, ins Gegenteil umschlägt.

Opponits. Weihnachtsfeier. Am 25. Dezember fand die von der Lokalorganisation Opponits veranstaltete Kinderweihnachtsfeier im Saale des Gasthofes Mitt statt. Der Saal war bis auf das letzte Plätzchen besetzt und die vielen kleinen Gäste waren in freudiger Erwartung all der kommenden Dinge. Lokalobmann Genosse

Kindern wahre Lachstürme auslöste. Nachher wurden noch lustige Spiele gespielt und Rätsel aufgelöst, die den kleinen Nutzknauern arges Kopfschmerzen machten. Als Krönung kam eine Filmvorführung. Um 5 Uhr verabschiedeten sich die Kinder vom Genossen Klemm, nachdem er sie drei Stunden unterhalten und sie von ihm vieles gelernt hatten, mit einem herzlichen Freundschaft! Wir hoffen, wenn Genosse Klemm wieder unsere Ortsgruppe besucht, daß er eine noch größere Kinderanzahl vorfinden wird wie diesmal.

Bezirk Ybbs

Ybbs an der Donau. Mitgliederversammlung. Die hiesige Lokalorganisation hielt am Mittwoch, den 4. Jänner, eine Mitgliederversammlung ab, zu der Genosse Pauppill als Referent erschienen war. Genosse Pauppill hielt Rückschau über das verfloßene Jahr, in dem die Wirtschaftskrise unerträgliche Formen angenommen hat. Karl Marx hat schon vor achtzig Jahren vorausgesehen und erklärt, daß die Wurzel alles Übels in der kapitalistischen Produktionsordnung liegt, und wie recht er damals schon hatte, beweist die Zeit, in der wir leben. Eine Folge der Wirtschaftskrise ist das Anwachsen der Hitler-Bewegung. Der Redner besprach sodann die Situation, in der sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands befunden hat und führt als größtes Übel die Zersplitterung der Arbeiterschaft an, die der Reaktion zu ihren weiteren Erfolgen verholpen hat. Diese Umstände haben auch schließlich auf Österreich abgefärbt und eine Anzahl von Menschen, die niemals wissen, wohin sie gehören, sind dieser neuen Bewegung nachgelaufen. Eine Art Faschismus, in der Form der Heimwehr, wurde bereits abgetan und ist heute kaum mehr nennenswert. Aber die Verhältnisse im niederösterreichischen Lande, insbesondere in der letzten Zeit, gab Genosse Pauppill einen eingehenden und ausführenden Bericht. Das Defizit des Landes beträgt 14 Millionen Schilling. Beamte und Schulklassen sollen abgebaut werden, wogegen sich die Sozialdemokraten entschieden zur Wehr setzen werden. Zum Schluß seines Referates appellierte Genosse Pauppill nachdrücklich an alle Anwesenden, treu und unerschütterlich zur Partei zu stehen, die Einigkeit und Geschlossenheit in der Partei hochzuhalten und der Reaktion Trost zu bieten. Anschließend führte Genosse Wagner Beschwerde über die verächtlichsten Richtlinien zum Arbeitslosengesetz sowie die ungleichmäßige Behandlung der Arbeitslosen durch die Industriellen Bezirkskommissionen.

Vorsitzender Haberfellner gab bekannt, daß in der nächsten Zeit die Generalversammlung der hiesigen Lokalorganisation stattfinden wird. In das Wahlkomitee werden folgende Genossen entendet: Franz Eipelthauer, Nikolaus Klein, Alois Weiß, Johann Wagner, Franziska Schmutz, Karl Wammal, Georg Steiner. Haberfellner schloß mit einem „Freiheit!“ die gut besuchte Versammlung.

Eine Entfernung des Zahnsteines geschieht am besten durch Ihren Zahnarzt. Verfügt man ihn aber durch regelmäßigen Gebrauch der berühmten Chlorodont-Zahnpaste. Tube S—90.

Neustadt an der Donau. Verdient an Arbeitslosen. In der Gemeinde Neustadt besorgt der Bürgermeister die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Für diese anstrengende Tätigkeit muß jeder Arbeitslose einen Schilling bezahlen. Wenn dieser Schilling zulieft, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist für die Beurteilung der Sachlage, die ein Skandal sondergleichen ist, auch ganz nebensächlich. Es genügt vollkommen, daß die Arbeitslosen für eine Leistung, die keine fünf Minuten in Anspruch nimmt, einen Schilling bezahlen müssen. Aber an diesem Skandal ist weniger der Bürgermeister von Neustadt schuld, als die Regierung. Und darüber reden wir an anderer Stelle.

Blindenmarkt. Silvesterfeier. Die vom Arbeitergesangverein im Vereinsgasthaus Rehau veranstaltete Silvesterfeier ist als vollauf gelungen zu bezeichnen und erfreute sich aus allen Bevölkerungsschichten eines wahren Massenbesuches. Die Besucher unterhielten sich bis in die Morgenstunden. Der Arbeitergesangverein dankt auf diesem Wege allen, die durch ihren Besuch die Feier verschönern halfen und ladet alle Gesangsfreunden zum Beitritt in den Gesangverein ein.

Kreipl eröffnete die Feier. Genosse Mißof richtete einige Worte über die Bedeutung der Feier an alt und jung. Es folgten hierauf zwei lustige Schmalzfilme, die von den Kindern recht bejubelt wurden. Ein Quartett des Arbeitergesangvereines „Harmonie“ brachte „Proletariats Wiegenlied“ sowie das Lied „Die Nacht“ stimmungsvoll zum Vortrag und sorgte in den Pausen das Quartett Maderhaner für den musikalischen Teil des Programms. Die von den Ortsauschüßmitgliedern der Konsumgenossenschaft beige stellte Familie aus Wirteln und Semmeln wurde von den Kindern mit Hallo in Empfang genommen. Anschließend erfolgte sodann die schon fehmlich erwartete Aufteilung der Geschenke und da gab es erst recht viel freudige Erregung unter den Kleinen. Zum Schluß sei allen jenen, die durch Spenden zum Gelingen der schönen Feier beigetragen, besonders den Jugendlichen, die in monatelanger Arbeit die vielen Spielzeuge fertiggestellt haben, bestens gedankt.

Bezirk Gaming

Göfing. Die Jahresversammlung findet am Sonntag, den 15. Jänner, um 10 Uhr vormittags im Gasthaus Mitterhuber statt. Redner Genosse Müllner. Die Mitglieder werden erucht, vollzählig zu erscheinen. Der Lokalausschuß.

Rienberg. Silvesterfeier. Das traurige Jahr 1932, das für so viele wenig Sonne hatte, wurde von unserem Gesangverein „Erlasta!“ mit trefflich gewählten Theaterstücken, Musik- und Gesangsvorträgen verabschiedet. Trotz langanhaltender Arbeitslosigkeit und Not, von der so viele unserer Sangeschwestern und Sangesbrüder betroffen sind, scheuten sie durch Wochen hindurch keine Mühe und studierten ihre Rollen und gingen zu den Proben. Ihre Mühe war nicht umsonst, und es müssen die Ausführungen jedes Einzelnen als befriedigend bezeichnet werden. Der Gesangverein zeigte vortreffliche Leistungen. Allen Mitwirkenden an der Silvesteraufführung gebührt die vollste Anerkennung.

Rienberg. Generalversammlung. Arbeiter-Feuerbestätigungsverein „Die Flamme“: am 15. Jänner um 1/3 Uhr nachmittags in der Kantine in Rienberg. — Arbeitergesangverein „Erlasta!“ in Rienberg: am 15. Jänner um 4 Uhr nachmittags in der Kantine in Rienberg. — Lokalorganisation Rienberg-Gaming: am 21. Jänner um 7 Uhr abends in Stöckls Gasthaus in Gaming.

Bezirk Scheibbs

Wieselburg. Kinderfreundebewegung. Am Donnerstag, den 5. Jänner, war Genosse Klemm, unser Wanderlehrer aus Wien, in Wieselburg, um mit den Arbeiterkindern hier zu arbeiten. Es waren an die hundert Kinder gekommen, um den bei ihnen so beliebten Wanderlehrer zu sehen und von ihm wieder viel Lustiges zu hören. Mit Eifer lernten unsere Kinder Lieder. Er erzählte dann eine lustige Geschichte vom „Sig und Gog“, die bei den

Amstetten Führer durch die Geschäftswelt SCHLESINGER-SCHUHE		Waidhofen a. d. Ybbs Josef Wagners Gasthaus „Zum Mohren“ Billige Speisen, Strick-Bier, Gasthausgarten		Allgemeiner Konsumverein „Pöchlarn-Neuda“ Verkaufsstellen in: Neuda — Wieselburg — Scheibbs — Kien erg — Langau — Lackenhof — G esten — Ybbs — Amstatten — M ver — Blindenmarkt Loosdorf	
Frisiersalon Heinz Amstetten, Waidhofnerstraße	Frisiersalon Hanisch Amstetten, Ardaggerstraße	Karl Steigenberger, Uhrmacher Uhren, Juwelen, Optik		Auto- und Motorrad-Reparaturwerkstätte M Pokerschneig u. H. Kröllner Tel Nr 115 Waidhofen an der Ybbs	
Musik- u. Radiohaus KARL FREY 32jähr. Bestand, Zahlungserleichterungen	RUDOLF GEYRHOFER Teniplach, Vorhänge // Linoleum HAUPTPLATZ 5 Radioapparate — Reparaturen J. Eisl, Ardaggerstraße 50	Kauft bei den Inserenten der „Eisenwurzen“!		Greinsfurt Dampfbäckerei Heinz liefert prompt ins Haus	

Spiel um Nüsse

Von ADELE JELLINEK

Sie waren alles in allem — trotz ihrer etwas mangelhaften Kleidung und des Geruches nach Sonne und Straßenstaub, der ihnen anhaftete, wenn sie von ihren wilden Spielen kamen — dennoch kleine Gentlemen vom Scheitel bis zur Sohle — ja wohl, bis herab zu ihrer braunen Sohle, von der sie einen so schönen, anatomisch korrekten Abdruck auf Großmutter's gewichtigem Boden zurückließen, so oft sie von der Straße heraufkamen. Sie waren darum manchmal auch ehrlich bekümmert, daß das kleine weißhaarige Frauchen sie mit etwas gemischten Gefühlen zu empfangen schien. In ihrem langen, einsamen Tag sehnte sie sich nach Gesellschaft, aber sie waren eine allzu stürmische, aufregende Gesellschaft.

Unten auf der Straße war ihnen nichts zu raub und zu hart und zu derb. Aber wenn sie in Großmutter's anheimelnde kleine Stube kamen, entdeckten sie plötzlich in sich eine Neigung zum Wohlleben. Darum ließen sie die harten, gradlinigen Stühle, die um den Tisch herumstanden, links liegen und machten sich's auf dem Sofa bequem. Das brave, alte Sofa, von ihnen respektlos Berg- und Talbahn genannt, das schon mehreren Generationen gedient hatte, war der wunde Punkt in Großmutter's Herzen. Setzten sie sich in die tiefe Laufsunkung, so zeterete die alte Frau: „Kinder, ihr werdet mir das Sofa noch ganz durchdrücken!“ Machten sie sich's auf dem Gipfel bequem, so jammerte sie: „Wollt ihr mir den letzten guten Teil auch noch ruinieren?“

Und dennoch konnte sie sie nicht entbehren, und das hing mit folgendem zusammen:

Großmutter nahm sich im Kreise ihrer zahlreichen Söhne und Töchter weniger wie eine Herrscherin aus, sondern eher wie ein kleines verwöhntes Mädchen, das von allen verhätschelt wurde und darum auch wie ein solches ein klein wenig zum Egoismus neigte. Diese Söhne und Töchter waren mit Glücksgütern nicht gesegnet. Dennoch darben sie sich für die alte Mutter immer einen Lederbissen ab, wenn sie kamen. Bald eine Flasche Wein, bald einen Kuchen, bald ein Säckchen mit Süßfrüchten.

Diese Säckchen Süßfrüchte waren es, die die vier braunen Buben zum erstenmal an einem gerechten Ausgleich in der Weltordnung zweifeln ließen.

Nicht etwa, daß sie es dem alten Frauchen nicht vergönnt hätten, daß es wie ein kleines Mädchen an einer süßen Dattel lutschte! Aber diese Säckchen von Süßfrüchten behaen auch als soliden Unterbau eine Reihe von Nüssen: Erdnüsse, Haselnüsse, Walnüsse, Arachmandeln usw. Und was in aller Welt sollte die Großmutter, die keinen Zahn im Munde mehr besaß, mit diesen Nüssen anfangen? Wenn sie den Ausgleich in der Weltordnung wenigstens in der Weise vollzogen hätte, daß sie sie den jungen warteten, ausgeliefert hätte! Aber sie hatte es keineswegs so eilig damit. Sie verschloß die Nüsse sorgfältig in ihrem Schrank, dort lagen sie und wurden in der Phantasie der Kinder kleine Berge von rollenden Nüssen. Ah, bloß die Hände danach ausstrecken und die Zähne hineingraben? Nein, so leicht war es ihnen nicht gemacht. Wenn sie sie haben wollten, mußten sie sie der Großmutter im Spiel abgewinnen!

Denn die Großmutter war eine leidenschaftliche Spielerin. Kaum erschienen die Kinder, so brachte sie die Holzschachtel mit den Dominos und schüttelte sie auf das Wachstumlein des Tisches aus. Dann streckten die Jungen die Nasen in die Luft und sagten von obenher: „Großmutter, ohne Einsatz spielen wir nicht!“

Das war der große Augenblick. Großmutter ging und brachte die Nüsse. Nun hatten sie eine Chance!

Freilich, auch mit dieser Chance hatte es so seine Verwandnis. Wenn die Tante aus dem Hause ging, sagte sie immer: „Kinder, im Falle ihr mit Großmutter spielt, laßt sie um Himmels Willen gewinnen! Sie ist sonst den ganzen Tag niedergedrückt!“ Und der Onkel sagte: „Buben! Daß ihr mir mein altes Frauerl net wieder knockout schlägt!“ Das war die Rehrseite.

Nun setzte Großmutter einen Schachteldeckel inmitten des Tisches, das war die „Bank“, griff dann feierlich in das Säckchen und erlegte für jeden Spieler als Einsatz eine Haselnuß in die Bank. Das Spiel konnte beginnen.

Vorerst aber griffen vier braune Hände nach den Nüssen, um sie zu betasten. Es waren große, schöne Haselnüsse, glänzend braun, mit einem lichten flachen Köpfchen. Herrlich, wie sie sich anfühlte, diese seidige glatte Schale! Sie rochen wie kleine Tiere daran und der Jüngste grub sogar seine blanken Zähne hinein, nur um dem alten Frauchen einen entsetzten kleinen Schrei zu entlocken.

Die erste Partie gewann dann dieser Jüngste. Die zweite Partie der Älteste. Dann ein anderer, dann wieder derselbe — und so im Kreislauf weiter. Es dauerte nicht lange, so lag neben jedem der Jungen ein kleines Häuflein Nüsse. Die Großmutter brauchte ihnen keinen Einsatz mehr leihen, sie konnten selber dafür einstehen. Und dennoch wuchsen die Häuflein.

Die Jungen waren in wilder Bewegung, sie rutschten auf ihren Sätzen hin und her, sie lachten, lärmten, machten komische Beschwürungen über die Häuflein, damit sie weiterwuchsen.

Und die Erregung teilte sich auch der Großmutter mit. Ihre Wanglein brannten, und so wie die Augen der Kinder leuchteten auch ihre Augen, aber diesmal von einer düsteren Glut. Denn sie verlor, sie verlor! Himmels und Hölle, sie verlor! Sie wurde immer gereizter, knurrte etwas von Mogelei. Die Kinder hatten durchgesetzt, daß zwei und dann drei Nüsse als Einsatz gelten sollten, und so war sie bald auf dem Grund ihres Säckchens angelangt.

„Sollen wir dir etwas leihen, Großmutter?“ fragte einer der Buben scheinheilig.

Sie würdigte ihn keines Blickes, stand auf und holte sich einen neuen Vorrat von Walnüssen. Eine Walnuß galt für zwei Haselnüsse.

Aber sie verlor auch die Walnüsse. Die Nußhäuflein neben den Kindern wuchsen, aber das ihre schwand dahin. Und als sie die vorletzte Nuß einsetzte und zusehen mußte, wie sie rücksichtslos von einer schmutzigen,

braunen Hand eingestreift wurde, da schlug plötzlich ihre zornige Stimmung völlig um und machte einer tiefen, samartigen Schwermut Platz.

Sie stützte den Kopf in die Hand und sah melancholisch vor sich hin. „Ach ja“, seufzte sie, „was hat eigentlich der Mensch auf der Welt! Nichts als Kummer und Sorgen, kein bißchen Freude! Wär's nicht besser, man läge unter der Erde?“

Die Buben sahen sich mit verlegenem Grinsen an. Auf sie wirkte Großmutter's plötzlicher Umschwung immer ein wenig verwirrend. Schließlich, sie wollten noch nicht sterben, sie wollten noch ihre Nüsse genießen. Aber ihr lautes Wesen wurde etwas gedämpfter.

Großmutter philosophierte weiter, während sie mit müder Bewegung ihre letzte Nuß in der Bank deponierte: „Es gibt Menschen, die nur zum Unglück geboren sind. Ich bin so ein Mensch. Mit Kinder habe ich allein groß gezogen. Wieviel Nächte habe ich durchgeweint. Den Mann habe ich so früh verloren...“ Großmutter fing an, alle Unglücksfälle aufzuzählen, die sie im Leben betroffen hatten. Die Kinder wurden still.

„Und jetzt bin ich fünfundsechzig Jahre alt, keine Freude habe ich mehr auf der Welt. Den Kindern bin ich zur Last. Wenn die Marie abends heimkommt und ich habe rotgeweinte Augen, dann ist es ihr nicht recht. Und wenn der Franz heimkommt und ich habe rotgeweinte Augen, dann ist es ihm auch nicht recht. Er sagt immer: „Alte Frau, ich kann dir doch keine Gesellschafterin

halten!“ Wär's nicht besser, ich läge unter der Erde?“

Totenstille. Kleine, braune Hände schoben die Steine zögernd auf der Tischplatte vorwärts.

„Kinder“, sagte die Großmutter und ihr liebes, verrunzeltes Mädchengeficht war ganz erstarrt vor Kummer, „wenn ich mal draußen lieg', so besucht mich doch auf dem Friedhof. Und bringt mir paar Blumen mit. Und wenn ich euch mal Kummer gemacht habe, so verzeiht mir. So alte Leute — wißt ihr, so alte Leute...“

Ein schönes Aufblitzen von vier jungen verstärkten Augenpaaren. Ein sich flüchtiges Streifen im stummen Einverständnis.

Diesmal gewann Großmutter die Partie. Sie gewann auch die nächste und übernächste. Im Sandumdrehen lag wieder ein Häuflein Nüsse neben ihr. Aber sie philosophierte noch immer weiter; nur ihre schmerzlichen Klagen hatten aufgehört. Sie war ruhiger geworden. Nur ein sanfter Tau von Wehmut lag noch über ihrem Wesen.

Und der blieb selbst dann, als die Nußhäuflein neben den Kindern immer mehr zusammenschmolzen, während das ihre wuchs.

Als die der Jungen wie Schnee in der Sonne vergangen waren, keine Nuß mehr auf ihren Klagen zu sehen, da sagte Großmutter, sie habe für heute genug und Nebanche bekämen sie ein andermal. Wehmütig betrachteten die Jungen den stattlichen Hügel auf Großmutter's Platz. Nein, es war nicht so einfach, dem alten Frauchen etwas abzugewinnen.

Aber schließlich — Großmutter konnte auch anständig sein. Nachdem sie ihren Gewinn sorgfältig und genussvoll in das Säckchen verpackt hatte, griff sie hinein und gab jedem der Jungen einige Nüsse.

Natürlich nahmen sie auch das wenige mit dem größten Vergnügen. Aber immerhin — ein Tropfen Bitternis blieb dabei. Denn schließlich — wenn man das Ganze hätte haben können...

Und die Frage wegen des gerechten Ausgleiches blieb weiterhin offen.

Spaniens letzter Räuber

Von Ilse Wolff (Madrid)

Es war einmal; aber deswegen ist es noch lange kein Märchen.

Flores Arrocha: Bauer, Höhlenbewohner, Räuber und Mörder — er hat wirklich bis vor einigen Tagen existiert.

Vor anderthalb Jahren war es, als er zum erstenmal von sich reden machte. Niemand kannte seinen Namen zuvor. Nur die Einwohner des Dorfes, in dem er zu Hause war, und die Bauern, die ihn an Markttagen im Städtchen trafen. Er war ein braver Landbewohner, ein wenig finster, nicht gerade reinlich und nur selten rasiert, aber: einer wie alle. Bis er eines Tages, noch düsterer wie gewöhnlich, die Advokaten des Städtchens ablief, einen nach dem andern, sein Recht verlangend.

Sein Recht? Er hat sich da etwas Eigenes zurechtgelegt. Kein Gesetzbuch der Welt kann ihm dazu verhelfen: Sein Schwiegervater wolle sein Bauerngut verkaufen, ein wunderbares Gütlein, die herrlichsten Kartoffeln trüge der Boden, die fettesten Schweine der Umgegend bräute er auf dem Markt, also: ein Mustergut. Ihn, Flores, dem Schwiegersohn, dem Mann der ältesten Tochter, gebühre das Vorkaufsrecht. Er gäbe 1000 Pejetas, mehr als die andern in Kaufkonkurrenz getretenen Verwandten. Man müsse doch auf rechtem Wege den Schwiegervater zwingen können, ihm das Gut zu verkaufen. Oder nicht? Aber keiner der Advokaten weiß einen Ausweg, Flores „sein Recht“ zu verschaffen.

Doch Flores hat es sich in den dicken, andalusischen Bauernschädel gesetzt. Wenn der Schwiegervater nicht von den Behörden gezwungen werden kann und das Gut dem Better verkauft, wird er schon sehen, was er davon hat.

Die Bauern im Dorf munkeln: „Flores hat gesagt, er werde den Alten erschießen! Ihr glaubt nicht, daß er's ausführt? Na, wartet nur! Seine Frau hat es ja selbst meiner Alten erzählt, und was der Flores sich vornimmt, sagt seine Frau, das führt er auch durch!“

Und Flores läßt sich nicht lumpen. Er nimmt seine Jagdflinte, geht zum Hause des Better's; schießt drauflos, trifft und verwundet den Verhafteten und tötet eine seiner Töchter. Denn wenn schon, denn schon: ausgerottet werden soll das ganze „verrückte“ Geschlecht!

Dann geht er, als sei nichts geschehen, in die Berge, nicht ohne die Drohung laut werden zu lassen: Genau in einem Jahre werde er wieder erscheinen und die restliche Familie töten!

Und das Gespräch im Dorf geht weiter: „Seht ihr, wie recht ich hatte, er hat ihn

beinahe umgebracht. Ja, ja, der Flores.“ Flores steigt in der allgemeinen Achtung. Was für ein mutiger, was für ein tüchtiger Mann — der läßt sich nichts gefallen, und wenn er auch das Gesetz gegen sich hat!

Erzählungen über ihn entstehen. Da hat er sich mit der Guardia Civil herumgeschlagen, die ihn fangen wollte, dort hat er einem Hirtenjungen für ein Stück Brot zwei Pejeten — ein Vermögen in dieser armen Gegend — gegeben, nachts steige er herab aus den Bergen und streiche ums Dorf herum. Die Frau sei von neuem schwanger von ihm, also müsse er zu Hause schlafen. Das geht so ein Jahr lang.

Das Dorf besteht aus Unterdorf und Oberdorf. Zwei Häuser bilden das Unterdorf, zwei weitere Gehöfte das Oberdorf. Im Unterdorf leben die Brüder des Flores mit ihren Söhnen und die Brüder des Better's, den er zu töten geschworen hat. Die beiden Familien liegen auf der Lauer, spionieren sich gegenseitig aus. Nachts haben sie einen Wachdienst eingerichtet, hinter dem Fenster sitzt je ein Wächter mit geladener Flinte und paßt auf, daß sich niemand im andern Gehöft rührt.

Im Oberdorf ist das eine Gehöft unbewohnt, im andern wohnt der verhaftete, inzwischen von seiner Verwundung geheilte Better mit Frau und Söhnen.

Ein Jahr lang schon behütet eine Patrouille der Guardia Civil, im Hause installiert, die bedrohte Familie. Zu Anfang Dezember des Jahres 1932 bricht in einem der Nachbardörfer ein Aufstand der Landarbeiter aus. Sämtliche Guardias werden dazu beordert, und auch die Patrouille aus dem Hause des Better's muß eiligst dorthin. Als sie das Dorf verläßt, rennt auf einem andern Weg ein Bündchen in die Berge, ein Sohn Flores'. Zwei Tage lang geschieht nichts. Dann kommt der Junge wieder zurück, geht zu einem seiner Better, Pedro, und sagt ihm:

„Der Vater will dich sprechen!“

„Nicht?“

„Ja, du sollst mit einer geladenen Flinte und Lebensmitteln zu ihm kommen.“ Pedro fragt seine Mutter, Schwägerin des Flores, um Rat.

„Würdest du deinem eigenen Vater helfen, wenn er dich im gleichen Falle darum bäte?“ lautet die Gegenfrage der Mutter.

„Ja“, sagt Pedro.

„Dann geh, Flores ist dein Vater.“

Das bestimmt des Burschen Pedro Entschluß. Er nimmt seine Flinte, geht, dem Vater — Rain — beizustehen!

Rain auf dem Kriegsfuß.

Und Abel — wie gewöhnlich — bestellt sein Land. Nach einer Furche zieht der Pflug wieder eine. Da, zwei Schüsse: Abel und sein Sohn fallen, von Rain getötet. Flores zielt von neuem. Frauen und Kinder des Gehöftes rennen schreiend aus dem Gehöft. Die Frau und ein Söhnchen werden durch die Schüsse niedergestreckt, der andre Junge, verwundet, entkommt.

Um die Leichen unkenntlich zu machen, läßt Flores die Schweine auf sie los, Blut- ransch hat die Mörder gepackt.

Dann verziehen sie sich wieder in ihr Versteck.

Aufregung herrscht in den Nachbardörfern. Soll man jetzt Hilfe leisten, Flores zu fangen, soll man ihn weiterhin unterstützen? Man wird der Antwort entzogen, denn jetzt beginnt die Guardia Civil sich ernsthaft des Falles anzunehmen. Sie unternimmt täglich Streifen in die Berge, aber immer kommt sie zu spät. Manchmal findet sie in einer verlassenen Höhle Spuren, ein andermal klagt ein Bauer, man habe ihn ein Lamm, ein Kaninchen, ein Guhn aus dem Stall geholt. Wieder vergeblich vier Wochen vergeblichen Suchens. Und dann verläßt Rain das Glied.

In der Nähe von Ronda, einem Ort, wo viele pensionierte englische Kolonialoffiziere ihre Pfunde — auf Spanien schimpfend — vertrieben, entdeckt die Guardia Civil die Flüchtigen, Flores, Pedro und einen kleinen Sohn des Flores.

Die Mannschaft will sofort schießen, aber der Führer befiehlt: „Erit das Kind weg!“ Man unterhandelt mit Flores, er solle sich ergeben — um des Kindes willen. Flores aber weiß, was er zu erwarten hat, fängt ihn die Polizei. Er will als freier Mann sterben! Und so schießt er das Kind aus der Höhle, sich zur Verteidigung bereit machend. Der Junge läuft ein paar Schritte fort, dann setzt er sich unter einen Baum, abwartend, was nun geschehen wird. Ein Guardia hat sich inzwischen an die Höhle heranzupirschen versucht, aber schon fällt er, von Flores' Kugel durchbohrt. Hinter seiner Leiche finden die andern Deckung. Ein regelrechtes Feuergefecht entpinnst sich. Bis zum letzten Atemzug schießt Flores ununterbrochen. Dann fällt auch er, von zahllosen Kugeln getroffen. Auch Pedro wird verwundet, aber — ist die Guardia nicht sehr hinter ihm her, genügt es ihr, den Vater zu haben? — er entkommt.

Es war einmal, daß Flores Arrocha existierte, aber es ist kein Märchen.

7 TAGE Weltgeschehen

Internationale

Ein Welttreffen der Kriegsteilnehmer wird nach dem Beschluß der vorwöchigen Tagung der Kriegssopferverbände im heurigen Frühjahr in Genf stattfinden. 12 Millionen Kriegsteilnehmer und Kriegssopfer erheben im Namen der Menschlichkeit Einspruch gegen das Blutvergießen in China.

Kriegsrüstung im Namen Gottes.

Die Kriegssopfer sind zu Vorkämpfern des Friedens und der Abrüstung geworden. Der Bischof von Chalons (Frankreich) hingegen hat einen Aufruf gegen die Abrüstung erlassen. Frankreich müsse stark und auf der Hut bleiben. — Während des Krieges haben die Pfaffen ja überall die Waidwaffen gesegnet.

Abwertung der Kriegsschulden

und Abwertung des Dollars fordert der bekannte Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Parlaments, Senator Borah (Bild). Er erhofft sich davon



die Wiederbelebung der daniederliegenden amerikanischen Industrie.

Der russische Fünfjahrplan

ist, wie Stalin am 9. Jänner dem Zentralausschuß des Sowjets berichtete, zu 94 Prozent erfüllt worden. Der zweite Fünfjahrplan, der jetzt in Angriff genommen wird, soll in langwierigerem Tempo durchgeführt werden.

Osterreich

Der Kampf um die Vierzigstundenwoche hat am 10. Jänner in Genf in einer Sondertagung des Internationalen Arbeitsamtes begonnen. Die Arbeitervertreter betrachten die allgemeine Einführung der Vierzigstundenwoche als ein wichtiges Mittel im Kampf gegen die Wirtschaftskrise. In Osterreich reicht auch die Vierzigstundenwoche lange nicht hin, um allen Arbeitslosen Arbeit geben zu können. Immerhin würden viele Arbeitslose dadurch Arbeit finden. Die scharfmacherischen Unternehmer lehnen sie trotzdem ab. Da darf die reaktionäre Regierung Dollfuß nicht zurückbleiben. Der Bundeskanzler gab dem österreichischen Regierungsvertreter in Genf „elastische Weisungen“ mit. Er soll, darüber besteht kein Zweifel, gegen die Vierzigstundenwoche stimmen. Wie immer steht der Vertreter der österreichischen Regierung auf der Seite der verständnislosesten Unternehmer.

Die österreichische Außenpolitik

Besprach Genosse Bauer am 4. Jänner im Vorschlagsausschuß des Nationalrates. Die Regierung verleiht dauernd das wichtigste Gebot einer vernünftigen österreichischen Außenpolitik: sie ist nicht neutral. Dadurch kann Osterreich in einen Krieg seiner Nachbarn Italien, Ungarn und Jugoslawien hineingerissen werden. Zwei Tage nach dieser Feststellung Bauers sind in Sirtenberg die Mussolini-Waffen für Northy-Ungarn entdeckt worden. Die riesige Waffenschichtung mit Wissen der Regierung bestätigt, wie recht die Sozialdemokraten mit ihrer Warnung vor der Faschistenpolitik der Dollfußler haben.

Mit den Gesandtenposten Osterreichs im Ausland wird Schacher getrieben. Jetzt soll der Landbündler Ingenieur Tauschitz als Gesandter nach Berlin geschickt werden. Das ist der Kaufpreis, den die Christlichsozialen für die Stimmen der Landbündler bezahlen.

Am 8. Jänner sind wieder sechs italienische Militärflugzeuge über österreichisches Gebiet nach Ungarn geflogen. Dies ist der dritte derartige Fall innerhalb kurzer Zeit. Die österreichische Regierung unternimmt nichts, um die wiederholte Verletzung der österreichischen Staatshoheit durch Mussolinis Flieger zu verhindern.

Der Londoner Rothschild hat gesiegt.

Minister Rintelen hat am 10. Jänner den drückenden Vertrag mit den ausländischgläubigern der Kreditanstalt unterschrieben. Viele Jahrzehnte lang werden die Osterreichern den ausländischen Kapitalisten die Schulden der verfrachten Kreditanstalt abzahlen müssen.

Bauernaufuhr in Borau.

Die Ostteiermark gilt als eine der schwärzesten Gegenden Osterreichs. Trotzdem ist den christlichsozialen Nachbarn hier vor zwei Wochen etwas recht Unangenehmes passiert. Sie mußten feldmäßig ausgerüstetes Militär und hunderte Gendarmen gegen die christlichsozialen Bauern der Borauer Gegend aufmarschieren lassen.

Die adeligen und die jüdischen Großgrundbesitzer wollen von der Krankenversicherung ihrer Landarbeiter nichts wissen. Nach der Meinung dieser Herren braucht der Landarbeiter weder einen Arzt noch Spitalpflege, und die Landarbeiterin weder einen Schwangerchaftsurlaub noch eine Krankenfürsorge. Die Krankenkassen sollten den feinen Herrschaften zuviel. Sie möchten sie los werden. Deshalb hegen sie die christlichsozialen Bauern unter hahnen-schwänzerischer Führung gegen die Landarbeiterkrankenkassen, obwohl gerade die kleinen Bauern die Ausgaben für die Krankenkassen kaum spüren, da sie ja nur selten und wenig Gefunde haben.

Vor zwei Wochen sollte in Borau bei einem Bauern der nichtbezahlte Krankenkassenbeitrag eingetrieben werden. Die Beamten konnten die Eintreibung aber nicht vornehmen, weil die aufgebehten Bauern sie daran hinderten. Schließlich wurden mehrere Bauern, welche so gegen die Staatsgewalt rebellierten, verhaftet.

Wenige Tage später marschieren 1500 christlichsoziale Bauern unter der Führung

von Hahnen-schwänzlern und Nazi-Schreibern in Borau auf und begehren stürmisch die Freilassung der Verhafteten. Es sah so aus, als sollte es zu schwerem Blutvergießen zwischen den aufrührerischen Bauern und Gendarmerie und Soldaten kommen. Glücklicherweise siegte die Vernunft. Die Verhafteten wurden freigelassen und die Bauern zogen in ihre Dörfer heim. Ja, wenn Arbeiter es wagen würden, sich so gegen die Staatsgewalt aufzulehnen! Sätte da auch die Vernunft gesiegt oder hätte man der bedrohten „Staatsautorität“ mit Salbenseuer und Maschinengewehren um jeden Preis zum Siege verholfen?

Die christlichen Land- und Forstarbeiter haben eine Kundgebung gegen die Heße, die in der Bauernschaft gegen die Krankenversicherung der Landarbeiter betrieben wird, erlassen. Sie schildern mit Recht die elende Entlohnung der Landarbeiter und fordern von den Bauern Gerechtigkeit und christliche Nächstenliebe. Sie fragen, ob die Bauern es vor ihrem Gewissen verantworten können, tausende Kranke und alte Landarbeiter und ihre Familienangehörigen vor das Nichts zu stellen. Dieser Aufruf an das christliche Empfinden mag gut gemeint sein. Helfen wird er wenig! Mit schönen Worten kann man das Gewissen der Besitzenden nicht rühren. Auch die Landarbeiter werden ohne Klassenkampf nicht weiterkommen.

Der Handelsvertrag mit Rußland

über die Lieferung von Industriewaren ist noch immer nicht zustande gekommen. Die Regierung will offenbar gar nicht zum Abschluß kommen. Die Volkswirten sind den österreichischen Antimarktsen halt nicht sympathisch. Deswegen schließen sie den Vertrag über die Rußlandlieferungen nicht ab. Den Dollfühlern ist es ja gleichgültig, daß bei den Rußlandaufträgen ein paar tausend Arbeitslose monatelang Verdienst finden könnten.

Das unmögliche Eherecht

der Katholiken in Osterreich brandmarkte Genosse Eisler am 5. Jänner im Vorschlagsausschuß. Der Wirrwarr, der hier durch die Schuld der Christlichsozialen besteht, wird immer ärger. Der Justizminister Schuchnigg erklärte, die Regierung lehne die Angleichung des österreichischen Eherechtes an das deutsche Eherecht ab.

Die Abänderung des Paragraph 144

ist gerade in dieser schlimmen Notzeit dringlicher als je geworden. Durch den jetzigen Zustand droht den Frauen der Kerker oder sie fallen Pfuschern in die Hände, wenn sie verhindern wollen, daß ungewollte Kinder die Not der Lebenden teilen und vergrößern. Aber die Christlichsozialen ließen den Minister Schuchnigg neuerlich erklären, daß sie eine Abänderung des unmenschlichen Paragraph 144 nicht zulassen.

Die Schule des Verbrechens

so nannte Genosse Ellenbogen am 5. Jänner im Vorschlagsausschuß den Faschismus. Er hat zu einer schweren Krise des Rechtes und des Rechtsempfindens geführt. An den Hochschulen haben die Regierungsparteien den schändlichen Treiben der Hafentanzler seit jahrelang zugehört. Erst jetzt, da die Hafentanzler nicht mehr nur Juden und Sozialdemokraten verprügeln, sondern auch die Rosenkranzstudenten, erst jetzt wird der Regierung der hafentanzlerische Hochschulterror unangenehm. Der Wiener Universitätsdirektor will eine „Akademische Legion“ schaffen. Sie soll die Sicherheit der Hochschüler vor Gewalttaten bewachen. Während sich diese Akademische Legion nicht, sie soll nämlich gerade aus den hafentanzlerischen Kadawindenten zusammengekehrt werden. Die Böde als Gärtner!

Das gleiche Recht.

Genosse Ellenbogen zeigte, wie der Grundsatz des gleichen Rechtes aller Staatsbürger im antimarktsischen Osterreich gehandhabt wird. Sozialdemokratische Arbeiter werden wegen Kleinigkeiten zu empfindlichen Strafen verurteilt, Milbe kennen die Gerichte vielfach nur gegen reaktionäre und hafentanzlerische Rechtsbrecher. Ein Beispiel von vielen: Der Graf Abensberg-Braun schloß in Petronell einen Arbeiter von einem Baum herunter. Das war fast vor einem Jahr. Bis heute ist gegen ihn keine Anklage erhoben worden. Das liebevolle Verhalten einzelner Gerichte gegen Nazimeisterlicher ermutigt diese zu neuen Verbrechen.

Ein großes Sprengstofflager der Nazi entdeckt.

Im Wiener Hause Millergasse 40 ist am Montag ein Sprengstofflager der Nazi entdeckt worden. Die Polizei fand nicht weni-

ger als 44 Kilogramm des sehr gefährlichen Sprengstoffes Ammonit. Die Nazi hatten sich hier als „chemischer Betrieb“ eingerichtet. Ein ganzer Häuserblock war durch den Nazisprenstoff in der Gefahr, in die Luft zu fliegen. Der Nazichemiker Kurt Barjani wurde verhaftet.

Hafentanzler als Brandstifter.

Am 4. Jänner nachts brannte in Steg bei Linz die Turnhalle des sozialdemokratischen Arbeiterturnvereines nieder. Die Polizei hat mehrere Hafentanzler verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Sie stehen unter dem dringenden Verdacht, den Brand gelegt zu haben.

Die Verwaltungsvereinfachung

ist bisher immer noch auf dem Papier geblieben. Der Bundeskanzler hat am 4. Jänner bekanntgegeben, was die Regierung in dieser Hinsicht beabsichtigt. Unter anderem sollen alle geltenden Gesetze gesammelt und neuerlich veröffentlicht werden. Der Finanzanzug soll abgekürzt werden. So nebenbei wollen die Dollfühlern Wien um seine Rechte als Land bringen.

Deutschland

Papens neue Umtriebe.

Der frühere Reichskanzler Papen ist auf seinen „lieben Freund“ Reichskanzler Schleicher sehr böse, weil dieser ihn verdängt hat. Papen sucht Bundesgenossen, um Schleicher zu stürzen. Einen hat er in Hitler gefunden. Hitler und Papen bohren jetzt gemeinsam gegen Schleicher und den abgesägten Naziführer Gregor Strasser. Dem Hitler ist es ja ganz gleichgültig, wie er hinaufkommt; den Traum vom Dritten Reich hat er ohnehin aufgegeben. Er wäre froh, wenn er wenigstens preußischer Ministerpräsident werden könnte.

Röhm ist untreu geworden.

Die Nazipartei tracht in allen Fugen. Nach Gregor Strasser ist nun auch Hauptmann Röhm (Bild) kaltgestellt worden,



weil er Hitler nicht mehr verlässlich genug scheint. Um die SA-Banden abzulenken, wurde der Terror gegen die friedfertige Bevölkerung wieder aufgenommen. — Die Naziführer gehen mit den reaktionären Baronen durch Dick und Dünn, um Neutahlen zu vermeiden. Es wird schon von einer weiteren Vertagung des Reichstages gesprochen.



Cuno gestorben.

Der frühere Reichskanzler Cuno (Bild) ist am 3. Jänner in Hamburg gestorben. Während seiner Kanzlerschaft brach im Jahre 1923 die deutsche Währung zusammen.

Aus aller Welt

Der Wahlkampf in Irland

begann am 9. Jänner mit blutigen Zusammenstößen zwischen Regierungsanhängern und Begnern. Der Ministerpräsident de Valera hat die Ablehnung des Treuvides für den englischen König zur Wahllochung seiner Partei gemacht.

Die belgischen Arbeiter wehren sich

gegen die Art, wie die belgische Bürgerblockregierung das Land ausschließlich auf Kosten der Unbemittelten sanieren will. Der sozialdemokratische Parteivorstand beschloß, den Abwehrkampf auch mit anderen als parlamentarischen Kampfmitteln zu führen.

Ein Anarchistenaufstand in Katalonien,

besonders in der Großstadt Barcelona, wurde nach wenigen Tagen von der spanischen Regierung niedergeworfen. Der sinnlose Putz hat mehrere Menschenleben gekostet. Am 10. Jänner haben die Anarchisten in Sevilla den Generalstreik ausgerufen.

Regierungswechsel in Ägypten.

Die Regierung Sidky Pascha ist umgebildet worden. Der Ministerpräsident Sidky bezeichnete die Erringung der vollständigen Unabhängigkeit Ägyptens von England als das Ziel seiner Politik.

Der japanische Raubkrieg in China

dauert fort. Am 10. Jänner haben japanische Truppen die große chinesische Stadt Tscheschol befehzt. Der chinesische General Tschangkai-sche (Bild) sammelt eine



große Armee, um die Japaner wieder aus Nordchina zu vertreiben. Hunderttausend Chinesen sind vor den japanischen Truppen auf der Flucht. Der Völkerbund, auf den die Japaner pfeifen, wird am Montag wieder einmal den japanisch-chinesischen Streitfall behandeln.

Ministerpräsident Rimpponen

Am Tiefpunkt der Krise.

Die deutschen Handelskammern und Wirtschaftsverbände haben erklärt, der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise sei bereits erreicht. Es ist allerdings noch kein untrügliches Zeichen zu sehen, daß die Verschlechterung der Lage aufgehört hat. — Wir in Osterreich merken jedenfalls gar nichts von einer Besserung. Im Gegenteil: Hier wird es von Woche zu Woche schlechter.

Soziale Rundschau

Überall steigende Arbeitslosigkeit.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es zwölf Millionen Arbeitslose. Allein in Newyork sollen ein dreiviertel Millionen Menschen arbeitslos sein. In der Tschetschowa, die zwei Jahre lang von der Krise verschont war, zählt man dreiviertel Millionen Arbeitslose.

Die 40-Stunden-Woche muß kommen.

In Prag tagte der Leitungsausschuß des Internationalen Metallarbeiterverbandes. Die Metallindustrie ist von der Krise schwer betroffen. Die Metallarbeiter leiden unter der Massenarbeitslosigkeit am meisten. Der Internationale Metallarbeiterverband forderte deshalb die allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche.

So ist das Leben



Nachrichten aus Niederösterreich

Beim Abspringen aus dem Zug getötet.

Der 50jährige Tischlergehilfe Anton Sebesta aus Neunkirchen überfuhr, am 7. Jänner rechtzeitig aus einem Eisenbahnzug auszufsteigen. Er sprang aus dem schon fahrenden Zug ab, geriet unter die Räder und fand den Tod.

Die Kaufgäfte des Lebemanns.

Der in Wien, besonders in allen Vergnügungsorten und den Kreisen der sogenannten guten Gesellschaft, als „Baron“ und Lebemann bekannte Rudolf Drasche ist auf einem seiner Schlösser in Hohenstein an der Ybbs plötzlich gestorben. Das war schon im September 1931. Der Gutsverwalter des Verstorbenen, Bildstein, kam damals in Verdacht, Drasche ermordet zu haben. Dieser Verdacht erwies sich als falsch. Aber die Untersuchung gegen Bildstein wurde nun in einer anderen Richtung geführt. Von Drasche war bekannt, daß er den verschiedensten Kaufgäften ergeben war, was jedoch für den reichen Baron weder in der Gesellschaft der „besseren Leute“ einen Makel bedeutete, noch die Staatsanwaltschaft in Bewegung setzte. Erst als der verbotene Kaufgäfte konsumierende Drasche tot war und der Mordverdacht gegen den Güterverwalter Bildstein fallengelassen werden mußte, fiel es den Behörden ein, nachzuforschen, wer dem verstorbenen Lebemann die Kaufgäfte vertriebt hat. Das war die Ursache, daß gegen Bildstein eine Strafuntersuchung weitergeführt wurde. Bildstein wurde also nicht mehr des Mordes, aber des Kaufgäftehandels beschuldigt. Er gab zu, über Verlangen dem Verstorbenen Kaufgäfte beschafft zu haben, jedoch in der Absicht der Abgewöhnung. Bildstein wurde vom Bezirksgericht Waidhofen an der Ybbs zu sechs Wochen Arrest und 1000 S Geldstrafe, seine Braut, die einmal Kaufgäfte für den Herrn Drasche übernommen haben soll, zu einer Woche Arrest verurteilt. Beim Berufungsgericht in St. Pölten wurde die Strafe für Bildstein auf fünf Tage Arrest und 500 S und für dessen Braut auf vier Tage herabgesetzt.

Merkwürdig, wie gesagt, ist, daß die Behörden wegen des Kaufgäftegenusses des reichen Drasche erst eingeschritten sind, als dieser tot war und nur mehr dessen Angehöriger, der freilich kein Baron ist, zur Verantwortung gezogen werden konnte.

Brandlegung aus Spekulation bei Uspang.

Wir haben am 11. November 1932 unter diesem Titel eine Notiz gebracht, in der wir auf Grund unrichtiger Informationen zu einer Darstellung gekommen sind, wonach Herr und Frau Mayerhofer und die Köchin Josefa Weber ein Feuer gelegt haben. Wir stellen fest, daß diese Nachricht nur auf falschen Informationen beruht hat.

Gesundmachen als Gewerbe.

Der 33 Jahre alte Bindergehilfe Robert Steininger aus Marktzell wurde arbeitslos und fand keine Arbeit. Die Not macht erfinderisch, was sich bei Steininger bewahrheitete. Dem hungernden Bindergehilfen kam eine famose Idee — er verlegte sich auf das Gesundmachen kranker Menschen, er lernte zuzugewinnen um, und wurde „Arzt“. In dieser Tätigkeit kam Steininger in Niederösterreich und Oberösterreich herum. Er zog es vor, größere Städte zu meiden und sich in kleinen Gemeinden der kranken Menschheit zu empfehlen. Seine Ordinationen veranstaltete Steininger in Gasthäusern. Er hatte großen Zuspruch, die Patienten hatten Vertrauen und Steininger ganz nette Einnahmen. Seine „Praxis“ gewann so weite Ausbreitung, daß er einen „Assistenten“ benötigte. Einen solchen fand er in seinem Bruder Alois. Er selbst aber spielte den „Doktor“, stellte regelrechte Diagnosen, die er sich gut bezahlen ließ. Was er den Patienten verschrieb, war zum meist ganz einfach, zum Beispiel ein paar Stampel reinen Alkohol für „Einreibungen“, drei gewöhnliche Baumbblätter oder Baumrinde, aus welchen ein „Gesundheitstee“ zu bereiten war. Dafür ließ er sich 50 bis 60 Schilling bezahlen. In Sonntagberg bei Waidhofen nahm er von einer Kranken für zwei Besuche 150 Schilling, bei Minderbemittelten machte er es auch billiger. Später dehnte Steininger seine „Praxis“ auch auf das Vieh aus. Das wurde dem Bindergehilfen zum Verhängnis. Das Vieh hielt die Kuren nicht aus, einige Kühe wurden zu Tode kuriert und gegen Steininger wurde die Anzeige wegen Kurmischeri und Betrug erstattet.

Ein Mordmord nach zwölf Jahren aufgeklärt.

Vor mehr als zwölf Jahren, am 25. Juni 1925, wurde der damals 30jährige Häusler John Franz Misch, ein schwachsinziger, verkrüppelter Bursche, in der Scheune seines Wohnhauses in Leopoldsdorf bei Gmünd erhängt aufgefunden. Es wurde damals Selbstmord angenommen.

Durch verschiedene Äußerungen von Familienangehörigen entstand kürzlich der Verdacht, daß nicht Selbstmord vorliegt, sondern Misch meuchlings ermordet worden ist. Nun wurden von der Gendarmerie Erhebungen gepflogen, welche zu dem Ergebnis führten, daß Franz Misch tatsächlich als unnützer und unerwünschter Esser von seiner Stiefmutter, der heute 69jährigen Johanna Wiedermann, in die Scheune gelockt und erhängt worden ist. Johanna Wiedermann hat nach einem ein-

gehenden Verhör zugegeben, daß sie infolge der damaligen Not und wegen des störrischen Benehmens in ihrer Verzweiflung die Absicht gefaßt hat, den ihr verhassten Stiefsohn zu beseitigen. Sie gab daher dem stets verlauster und ungewaschenen Stiefsohn den Auftrag, sich zu fämen und seinen besseren Anzug anzuziehen, weil sie ihn nach Litschau mitnehme. Auf diese Weise lockte sie den Misch in die Scheune. Dort schlang sie einen Strick über eine Leitersprosse, ließ den Misch auf ein in halber Meterhöhe angebrachtes Brett steigen, warf ihm die am Strick befindliche Schlinge über den Kopf und brachte den Unglücklichen dann zu Fall, wodurch er sich erhängte. Hierauf begab sie sich nach Litschau und kaufte für den Toten noch ein neues Hemd. Johanna Wiedermann wurde verhaftet und dem Bezirksgericht in Litschau eingeliefert.

Das Neueste

Eine Familie von Betrunknen getötet.

Ein furchtbarer Mordakt hat sich in der ostslowakischen Gemeinde Rudlov abgepielt. Des Nachts wurde das Haus des Landwirts Gordon mit Steinen beworfen. Einzelne Steine flogen durch die zertrümmerten Fenster in die Stube. Die Frau des Landwirts trat vor die Tür, um die Täter festzustellen. Es waren betrunkenen Burschen; sie warfen auch gegen die Frau Steine; die getroffen wurde und bewußtlos zusammenbrach. Nun lief die ganze Familie ins Freie, wo es zu einer argen Schlägerei kam. Die ganze Familie wurde von den betrunkenen Burschen mit Knütteln und durch Steinwürfe niedergeschlagen. Gordon und sein Sohn Michael sind ihren Verletzungen erlegen; der Zustand der übrigen Familienmitglieder ist ernst.

Erdbeben in Griechenland.

Ganz Griechenland wurde in der Nacht zum 5. Jänner von einem neuerlichen Erdbeben heimgesucht das besonders in Volo, in Thessalien großen Schaden angerichtet hat. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt, viele Personen wurden verdrückt; darunter mehrere getötet. Die Bevölkerung nützt in die Freien und wagt es nicht, in die Häuser zurückzukehren.

Der wild gewordene Elefant.

Bei Campour (Britisch-Indien) wurde der Elefant einer Jagdexpedition unterwegs plötzlich wild, tötete fünf Personen, verletzte mehrere andere und flüchtete in die Dschungel.

vergeßlich, da das Feuer an den großen Vorräten, die sich an Bord des Schiffes befanden, reichlich Nahrung fand. Das Schiff stand in kurzer Zeit in hellen Flammen. Um die anderen im Hafen liegenden Schiffe nicht zu gefährden, wurde die Ankerkette des brennenden Schiffes gefaßt und das Schiff in das Meer hinausbugsiert.

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien.

In der Nähe des Bukarester Nordbahnhofes stieß am 10. Jänner der Schnellzug Bukarest-Krajowa in voller Fahrt mit einem Personenzug zusammen. Fünf Wagen des Personenzuges wurden zertrümmert, der Schnellzug erlitt keinen nennenswerten Schaden. Aus den zertrümmerten Wagen wurden neun Tote und zwanzig Schwerverletzte geborgen.

Im Westen nichts Neues...

Auf den Schlachtfeldern von Arras sind in verdrückten Schützengräben 122 Leichen deutscher Soldaten und 131 Leichen französischer Soldaten gefunden worden. Nur bei 15 deutschen und 48 französischen Leichen konnte die Persönlichkeit festgestellt werden.

In Hamburg als Autobandit betätigt, in Wien verhaftet.

In Wien wurde der Chauffeur Johannes Kurte aus Böhlerfeld in Westfalen verhaftet, weil er an einem Raubüberfall bei einer Schiffsahrtsgesellschaft in Hamburg teilgenommen hat. Kurte hat in Gesellschaft von anderen Räubern mit vorgehaltenem Revolver die Beamten zur Herausgabe von 58.000 Mark gezwungen. Er gestand, das Auto, mit dem die Räuber gekommen und geflüchtet sind, gelenkt zu haben. Sein Anteil an der Beute habe 10.000 Mark betragen.

Galant, aber ein Dieb

Ist der 30jährige Techniker Friedrich Jarda. Er bediente sich des schon längst nicht mehr ungewöhnlichen Mittels, durch ein Inserat die Bekanntschaft einer Dame zu machen. Jarda, der sich zu geben weiß, versteht vornehm aufzutreten und ist vor allem sehr galant. Er führte die Dame in ein elegantes Stadtcasé, half ihr den Mantel — ein Naturbismarck im Werte von 1000 S — ausziehen, trug den Mantel in die Garderobe, behielt den Schein galanterweise bei sich und führte die Dame zu Tisch. Nach einiger Zeit entkante sich der galante Herr unter dem Vorwand, er habe im Hause in einem Büro etwas zu erledigen, ließ sich in der Garderobe den Pelz der Dame ausfolgen — und kam nicht wieder. Die Dame konnte für beide die Beute begahlen und ohne Mantel das Kaffeehaus verlassen. Sie ging aber zur Polizei und der galante Dieb wurde nach kurzer Zeit erwischt und ins Loch gesteckt.

Trotsky erkrankt.

Trotsky, der aus Russland verbannte Schöpfer der roten Armee, ist in Konstantinopel schwer erkrankt.

Eine Seefestung in die Luft geflogen.

Die finnische Seefestung Mac Elliot bei Gelsingfors ist am 10. Jänner in die Luft geflogen. Durch ein Feuer geriet auch das Munitionslager in Brand, was zu großen Explosionen führte. Man befürchtet den Verlust vieler Menschenleben. Die ganze Insel, auf der sich die Seefestung befand, glück einem Feuermeer.

Stratosphärenflieger Piccard — Indianerhäuptling.

Groß ist der Ruhm des Stratosphärenfliegers Piccard. Er drang auch zum Indianerstamm „Schwarze Falke“, der von der Kühnheit des Professors derart begeistert war, daß er ihn zum Ehrenhäuptling ernannte. Professor Piccard, der sich gegenwärtig in Amerika befindet und demnächst in Kalifornien mit Professor Einstein zusammenzutreffen wird, wird also mit den Schwarzen Falken die Friedenspfeife zu rauchen haben, um dann die Würde eines Ehren-Indianerhäuptlings entgegenzunehmen.

Ein schreckliches Unglück im Theater

ereignete sich in Pardubitz (Tschechoslowakei). Der diensthabende Feuerwehrmann Josef Ruzicka hatte sich zu weit vorgewagt, als der eiserne Vorhang niederließ. Er hatte keine Zeit mehr, sich zu retten, und wurde zwischen dem Vorhang und dem Bühnenboden eingeklemmt. Der Unglückliche wurde von dem Vorhang buchstäblich gepökt. Sein Körper fiel auf die Bühne, sein Kopf in den Orchesterraum.

Bankier Alma in London verhaftet.

Der österreichische Bankier Hans Bernhard Alma ist in Durchführung eines provisorischen Auslieferungsbegehrens in London verhaftet worden. Alma hat dem Lande Oberösterreich eine Dolloranleihe vermittelt, aber dabei das Land schwer geschädigt. Er flüchtete nach England, erklärte sich allerdings bereit, gegen Zusicherung freien Geleites nach Österreich zu kommen und Rede zu stehen. Die Behörden schickten ihm jetzt einen Steckbrief nach, auf Grund dessen er nun verhaftet wurde. Oberösterreich hat inzwischen mit den Anleihegläubigern einen Vergleich abgeschlossen, dabei aber noch immer einen Schaden von mehreren Millionen Schilling erlitten.

Drei Todesopfer in einem Steinbruch.

In einem Steinbruch bei Glinz (Polen) explodierte eine Dynamitpatrone vorzeitig, wodurch der Besitzer und zwei Arbeiter getötet wurden.

Ein schwedisches Segelschiff verbrannt.

Der schwedische Fünfmaster „Forell Dream“, eines der größten Segelschiffe der Welt, ist im Hafen von Stockholm in Brand geraten. Alle Rettungsversuche waren

Radio Programm

Wochenenteilung: Montag 16. Jänner bis inkl. Sonntag 22. Jänner

Montag, 16. Jänner. 15.20: Jung und gesund durch richtige Hausarbeit. — 15.30: Kinderstunde. Gymnastik. — 15.55: Französische Musik im XX. Jahrhundert. — 16.20: Jugendstunde. Rudyard Kipling. Aus dem Dschungelbuch. — 16.45: Die Weltmeisterkämpfe im Tischtennis für 1933. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.20: Gesprochene Schauspielkritik. — 18.45: Luftpost und Segelflug Gespräch mit Robert Kronfeld. — 19.10: Englische Sprachstunde. — 19.35: Zeitzeichen, Wetterbericht. — 19.45: Das Wiener Lied der Gegenwart. — 20.35: Die Kammermusik von Johannes Brahms. — 22.05: Wiener Schlagertomponisten.

Dienstag, 17. Jänner. 15.20: Erfolgreiche Hühnerwirtschaft. — 15.30: Lieder und Arien (Jenny Jungbauer). — 16.00: Die Nachrichtentechnik der antiken Völker. — 16.25: Vastelstunde. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.10: Eintraglicher Plündererbau. — 18.35: Allerhand Sprachmischhandlungen. — 19.00: Französische Sprachstunde. — 19.20: Zeitzeichen, Wetterbericht. — 19.30: „Der Bajazzo“. — 20.45: Die „5 Songs“ (aus dem Ronacher). — 21.15: Abendbericht. — 21.30: Chansons vom Montmartre. (Übertragung aus Paris). — 22.30: Langmusik.

Mittwoch, 18. Jänner. 15.20: Wir stellen vor. — 15.50: Kinderstunde. Maschinenmärchen. — 16.15: Jugendstunde. Die junge Generation. — 16.40: Für den Erzieher. Intelligenz, Bildung, Wissen. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.10: Laugen- und Säureverätzungen des Mundes und der Speiseröhre. — 18.35: Wie beschäftigen wir die arbeitslose weibliche Jugend? — 19.00: Krise und Wende der abendländischen Kultur. — 19.25: Zeitzeichen, Wetterbericht. — 19.35: Franz Bizi. „Christus“ (Übertragung aus dem Großen Musikvereinsaal). — 21.35: Abendbericht. — 21.50: Abendkonzert.

Donnerstag, 19. Jänner. 15.20: Kinderstunde. Wilhelm Kienzl. Aus Daniels Niedermappe. — 15.45: Musik für zwei Klaviere. — 16.15: Vorbereitungen zum Skilauf. — 16.40: Esperantobericht über Österreich. — 16.55: Schallplattenkonzert. — 17.55: Frauenstunde. Die Frau in der

Barockzeit. — 18.15: Preisschleudern und unaufrichter Wettbewerb. — 18.40: Städtebauprobleme von heute. — 19.05: 30 Jahre Flug. — 19.30: Zeitzeichen, Wetterbericht. — 19.40: Langmusik. — 20.50: „Der Streit zwischen David und Goliath“. — 21.40. Abendbericht. — 21.50: Schneebericht. — 22.10: Abendkonzert.

Freitag, 20. Jänner. 15.20: Winter im Treibhaus. — 15.30: Frauenstunde. Das Schicksal Karl Stauffer-Bern. — 15.55: Jugendstunde. Unsere großen Meister. Franz Bizi. — 16.25: Winterspiele in den Alpenländern. — 16.50: Konzertstunde. — 18.30: Wie trainiert der Skiläufer? — 18.45: Wochenbericht für Körpersport. — 18.55: Nach Redaktionschluss. — 19.10: Die Insel Jan-Wagen, ihre Tier- und Pflanzenwelt. — 19.35: Zeitzeichen, Wetterbericht. — 19.45: Mikrophon-Jeuilleton der Woche. — 20.15: Orchesterkonzert. — 21.55: Abendbericht. — 22.10: Tanzmusik.

Samstag, 21. Jänner. 15.15: Italienische Sprachstunde. — 15.45: Mandolinenzkonzert. (Zentralverband der Arbeitermusikvereine Österreichs). — 16.35: Volkstümliche Erlebnisse in Rumänien. — 17.05: Nachmittagskonzert. — 18.20: Der Magier der Liebe. Stendhal. — 18.45: Ein Monat Weltgeschichte. — 19.15: Zeitzeichen, Wetterbericht. — 19.25: Barmusik. — 20.00: Luftiger Abend. — 22.30: Abendbericht. — 22.45: Abendmusik.

Sonntag, 22. Jänner. 7.35: Bedruf. — 7.40: Turnen. — 8.00: Frühkonzert. — 9.20: Ratgeber der Woche. — 9.40: Orgelkonzert. — 10.10: Das Rad der Arbeit ruht. — 10.30: Beethovens Violinsonaten. — 10.50: Wissen der Zeit. — 11.20: Sinfoniekonzert. — 12.45: Unterhaltungskonzert. — 15.05: Dokumente der Zeit. — 15.30: Kammermusik. — 16.25: Afghanistan. — 16.55: Nachmittagskonzert. — 18.40: Carl Linhofer. — 19.05: Bericht von den „Astö“-Wintersportmeisterschaften in Traifan Niederösterreich. — 19.20: Arien und Lieder. — 20.00: „Blaujuch“. — 21.45: Abendbericht. — 22.00: Paul Whitteman spielt. — 22.30—1.00: Wiener Künstler für die Winterhilfe.

8 TAGE ZUR PROBE!
RADIO
Apparate, Lautsprecher
GRAMMO.
PHONE, Schallplatten
PHOTO.
Apparate, führende Marken
Fahrräder
Musikinstrumente, Beleuchtungskörper
fachmännliche Beratung
Bis 20 Monate Kredit
Radio-Musikhaus
SCHLESINGER
VII Burggasse 122-124, Tel. B-32-2-24, B-35-6-55

Die aktuellsten Bilder der Woche



Der Bauernaufbruch in Borau, zu dem die Großgrundbesitzer die oststeirischen Bauern aufgehetzt haben, um die Krankenversicherungsbeiträge für die Landarbeiter nicht mehr bezahlen zu müssen, endete damit, daß das Gericht die verhafteten Bauern wieder freiließ.



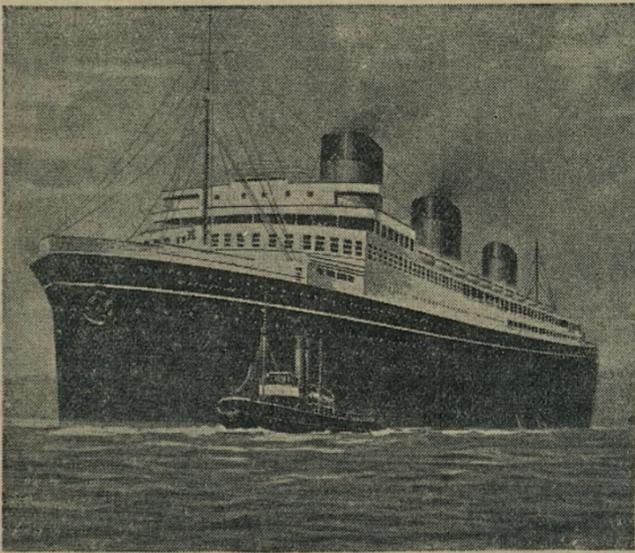
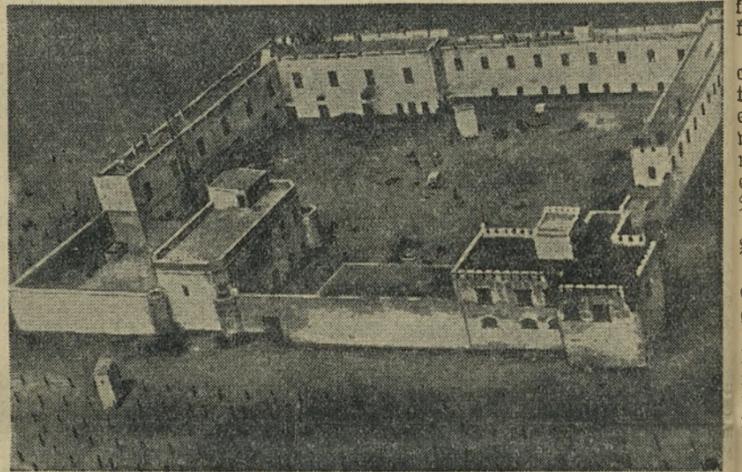
Zimmer wieder Putschversuche in Spanien: Vor zwei Wochen ein monarchistischer, vorige Woche ein anarchistischer. Beide Putsch sind gescheitert. Das Bild oben zeigt drei Anarchisten, die von der Polizei in Madrid verhaftet worden sind. Rechts sind einige von den 1600 Bomben zu sehen, die in Barcelona entdeckt worden sind. Das Bild unten zeigt die spanische Strafanzahl an der Goldküste in Afrika, aus der achtundzwanzig verbannte Monarchisten entwichen sind.



Ein folgenschweres Grubenunglück ereignete sich vor zwei Wochen im Kohlenbergwerk Moweaqua im nordamerikanischen Staate Illinois. Unser Bild zeigt die Bergung der 54 Opfer.



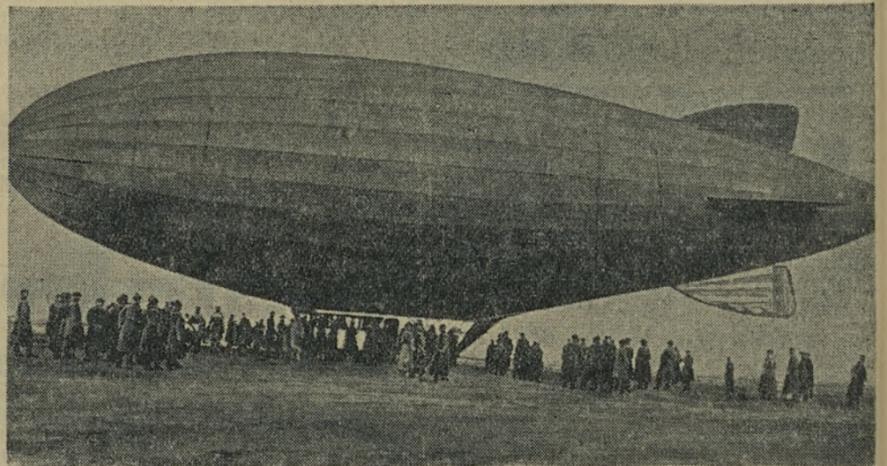
Prentice Gilbert betritt die Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen über die allgemeine Einführung der Vierzigstundenwoche in Genf.



Der Riesendampfer „Atlantique“, das zweitgrößte Schiff der französischen Handelsflotte, ist am 4. Jänner in der Nähe der französischen Küste in Brand geraten und vollkommen ausgebrannt. Nur mit großer Mühe gelang es, den Ozeanriesen in den Hafen von Cherbourg zu schleppen. Es waren zur Zeit des Brandes keine Fahrgäste an Bord. Die Mannschaft konnte sich mit Ausnahme von zwei Dutzend Heizern und Matrosen retten. Diese sind in den Flammen umgekommen.



Genosse Heinrich Drake ist seit dem Jahre 1918 Präsident des deutschen Freistaates Lippe. Dort finden am Sonntag die Landtagswahlen statt. Die Nazi machen große Anstrengungen, den Landtag zu erobern.



Das russische Luftschiff „W 2“ ist Anfang Jänner durch Motorstörungen führerlos geworden und scheiterte in einem Walde bei Nowgorod. Der Besatzung gelang es, sich zu retten.

380.000 Liter Petroleum verbrannten am 5. Jänner in Ellesmere Port bei Liverpool (England). Dieser Ölbehälter brannte zwanzig Stunden lang.



Der russische Eisbrecher „Ma'gin“ ist an der Küste von Spitzbergen aufgefahren. Seit mehr als einer Woche bemühen sich einige russische Eisbrecher, ihn wieder flottzubekommen.



Nr. 25
 „S...
 Weib...
 „De...
 Bill...
 De...
 Stun...
 „W...
 enth...
 nicht...
 plump...
 bleib...
 fügen...
 rasch...
 Ellen...
 beiden...
 mehr...
 noch...
 De...
 Ier...
 du?“
 „E...
 wer...
 streb...
 ganze...
 daß...
 der...
 „A...
 sagte...
 mit...
 selbst...
 kann...
 kann...
 „S...
 ein...
 trock...
 einem...
 wie...
 und...
 einen...
 Ding...
 W...
 Blick...
 er...
 gut...
 „de...
 test...
 Sch...
 wän...
 die...
 „S...
 her...
 ange...
 „J...
 zeu...
 itre...
 Bat...
 jert...
 wiff...
 ich...
 fie...
 Sir...
 wa...
 Gr...
 La...
 ber...
 die...
 erh...
 jäh...
 erf...
 han...
 dur...
 mo...
 La...
 ret...
 vie...
 sei...
 Ne...
 un...
 wa...
 im...
 mo...
 jäh...
 ho...
 na...
 sch...
 ei...
 w...
 ei...
 w...
 w...
 st...
 re...

Der weisse Wolf



Deutsche Rechte. Th. Knauer Nachf., Berlin.

25 Tiergeschichte von Max Brand

„Ich kann dich nicht verstehen“, sagte Weißwolf, den Kopf auf die Seite legend. „Der Wind bläst gerade in deiner Richtung. Willst du nicht ein wenig näherkommen?“

Der Fuchs ließ wieder grinsend den Stummel seines Eckzahns sehen. „Wie ich von meiner Mutter noch nicht entpöht war“, sprach er, „war ich bereits nicht mehr dumm genug, mich in einer so plumpen Falle zu fangen. Nun, Weißwolf, bleib ruhig wo du bist und ich werde hier sitzenbleiben. Denn ich weiß ganz genau, wie rasch du ein Stück Weges von etwa hundert Ellen läufst. Der Zwischenraum zwischen uns beiden ist gerade der richtige. Es sollte nicht mehr, noch weniger sein. Und so frag' ich dich noch einmal. Bist du ein Wolf?“

Der Terrier winkelte vor Wut. „Du fahler Schurke, frag deine Nase! Was spürst du?“

„Etwas Eksthaftes! Wolfsgeruch! Aber wer wüßte nicht, daß eine Witterung sich strehlen läßt, und wenn ich dich im großen und ganzen ins Auge fasse, so muß ich zugeben, daß ich noch niemals einen Wolf gesehen habe, der sich so ausnimmt wie du.“

„Ähnliches hab' ich schon früher gehört“, sagte der Bullterrier und wedelte selbstgefällig mit der Rute. „Indessen scheint es mir, daß selbst ein betagter Fuchs wie du noch lernen kann, daß ein Wolf verschiedenartig aussehen kann.“

„Ich hab' durchaus nicht beabsichtigt, dir ein Kompliment zu machen“, sprach Rotfuchs trocken. „Überhaupt, niemals hörte ich von einem Wolf mit einem so häßlichen Schädel wie deinen und so bössartigen kleinen Augen, und ganz gewiß hab' ich noch keinen mit einem so lächerlichen Schwanz gesehen, einem Ding, das seinen Augenblick stillhalten kann.“

Weißwolf drehte den Kopf und warf einen Blick nach hinten. „Jeder Wolf wie es ihm gefällt“, sprach er. „Ich meine, meine Rute nimmt sich ganz gut aus.“

„Das glaub' ich, daß du dir das einbildest“, sagte der Fuchs. Jedenfalls aber könntest du so viel Verstand gehabt haben, deinem Schwanz würdevollere Manieren beizubringen, wann schon sein Anblick nicht besonders würdig ist.“

Weißwolf leckte sich nachdenklich die Schnauze und versuchte sich ein wenig näher heranzuschleichen, aber der Fuchs zog sich augenblicklich ein Stück weiter zurück.

Er fuhr fort: „Einen Wolf hab' ich gesehen — heiläufig, es ist ein guter Freund

von dir —, der besitzt eine Rute, die selbst ein Fuchs halbwegs gelten lassen kann, obwohl Fuchse, wie du wissen mußt, die prachtvollsten Ruten der Welt besitzen.“

„Ich hab' deine wohl gesehen“, bemerkte Weißwolf etwas spitz. „Aber der Fuchs lächelte bloß. Sein Selbstgefühl war anscheinend zu fest gefügt, um durch irgend etwas erschüttert zu werden.“

„Meine besten Tage sind vorbei“, sagte er. „Aber ich habe eine Zeit erlebt, wo fünfzig Hunde und beinahe ebensoviel Pferde und Menschen sich fast zueinander bekämpften, bloß um dieser, meiner Fährte habhaft zu werden.“

„Das“, entgegnete Weißwolf, „ist geradezu absurd.“

„Natürlich mußt du so denken“, sagte der Fuchs. „Deine Erziehung ist reichlich mangelhaft. Selbst der jüngste Fuchs könnte es merken. Aber ich habe es längst aufgegeben, bei einem Wolf wirkliche Bildung vorauszusetzen. Dich freilich hab' ich irgendwie ins Herz geschlossen, so töricht es auch sein mag.“

„Ich habe nicht die Absicht, dir dafür besonders Dank zu sagen“, flüsterte Weißwolf. „Ich hab's auch nicht verlangt.“

„Aber ich möchte doch wissen, was dich veranlaßt hat, zu meinen Gunsten eine Ausnahme zu machen.“

„Vor allen Dingen“, sagte der Veteran und legte seinen Kopf ein bißchen auf die Seite, „vor allen Dingen deshalb, weil du eine so prächtige Karikatur eines Wolfes bist.“

„So?“ schrie Weißwolf und sprang auf. Sein Fell fräufelte sich vor Ärger. „Hab' ich nicht zwei Augen und vier Läufe — und einen Fang voll scharfer Zähne, alter Schurke?“

„Gewiß, gewiß!“ sagte der Fuchs mit seinem bössartigen Grinsen. „Und genau dasselbe hat der Fuchs — und jaß daselbe hat der Luchs — und schließlich und endlich auch der Hund, mein lieber, junger Freund!“

Er legte so verdächtigen Nachdruck auf die letzten Worte und so deutlich spiegelte sich ein verstohenes Grinsen innerer Zuriidenheit in seinem Ausdruck, daß Weißwolf knurrte. „Du sprichst den größten Unsinn, Rotfuchs, Laß dir's mit einem Wort sagen. Ich weiß alles, was es über Hunde zu wissen gibt und sie sind ein widerliches Pack. Ich hab' Augen und Ohren und Zähne fleißig

gebraucht, um sie zu studieren. Und es gibt nichts, was man zu ihren Gunsten sagen könnte. Und deshalb sag' ich dir, wenn du fortfährst, mich mit ihnen zu vergleichen, werd' ich nicht länger auf dein Geschwätz hören.“

„Es wird dir nicht viel nützen“, grinste der rüudige Fuchs. „Nichts könnte mich hindern, dir nachzulaufen und die schlichten Wahrheiten, die ich dir zu sagen habe, durch den Wald zu brüllen. So wird's denn besser sein, du bleibst ruhig sitzen und hörst mich gelassen an. Just die Sache, die mir am wichtigsten war, habe ich bis jetzt noch gar nicht zur Sprache gebracht.“

„Du kannst es genau so gut für dich behalten“, sagte Weißwolf. „Ich habe nicht die geringste Verwendung für alles, was du vorzubringen hast.“

„Das ist bloß, weil du jetzt gerade ein bißchen trotzig bist. Aber du wirst dir wohl die Sache in der kurzen Zeit, die dir noch bleibt, durch den Kopf gehn lassen.“

„Was soll das heißen?“

„Ich meine, das bißchen Zeit, das dir noch übrigbleibt, bis sich der Einsiedlerwolf mit dir befaßt und eine Mahlzeit aus dir macht — Schwarzwolf —, den mein' ich natürlich! Mir scheint, daß du doch dich etwas getroffen fühlst? Wie?“

Es war in der Tat eine Stelle, an der Weißwolf empfindlich war. Obwohl er zu voller Größe herangewachsen und bis auf eine Kleinigkeit auch seine Körperkräfte voll entwickelt waren, obwohl in den Wäldern kaum ein Geschöpf lebte, vor dem er wirklich Furcht empfand, war dennoch Schwarzwolf für ihn ein fürchtensfüßendes Gespenst geblieben, just, als wäre er immer noch hilflos und klein, während Schwarzwolf größer und gewaltiger als jemals geworden war.

Er sagte ernst: „Mit Schwarzwolf bin ich noch nicht fertig. Lange ist's her, da versprach ich ihm, ich würde ihn eines Tages an der Gurgel packen und ihm das Leben aus dem Pelz schütteln. Wenn du ihn wieder triffst, kannst du ihm erzählen, daß ich ein Wolf bin, der sein Wort hält, und daß ich mein Versprechen erfüllen werde.“

„Ich hab' es ihm bereits gesagt“, grinste der Unheilsficker. „Und er hat versprochen, dich in Fesseln zu reihen, wenn er einmal fern vom Hundel mit dir zusammentrifft. Trotzdem — so sprach er — sei es ihm eigentlich nicht der Mühe wert, sich so viel Umstände zu machen, um einen Schwächling zu töten, der ein ganzes Hundel braucht, um seine Beute zur Strecke zu bringen. Denn Schwarzwolf ist sich selbst genug, er jagt allein und lebt allein. Keinen gibt es unter den Wölfen der San Jacintoberge, der ihm an Kraft und Schönheit gleich ist.“

„Ich freu' mich über seinen Ruhm“, sagte der Terrier. „Am so mehr wird es bedeuten, wenn ich ihn besiege. Dreimal habe ich mit Wölfen gekämpft, Rotfuchs, und drei Wölfe sind gestorben. Ich hoffe, Schwarzwolf wird der vierte sein.“

„Das mag sein wie es will“, sagte der Fuchs, „auf alle Fälle werden wir uns auch noch mit dem Rauch beschäftigen müssen, den du dort siehst.“

Weißwolf zuckte zusammen. „Welcher Teufel hat dich darauf gebracht?“

„Oh, ich habe wohl gemerkt, wie du hinüberstartest. Da hab' ich mir eine gewisse Frage vorgelegt.“

„Und willst du mir vielleicht sagen, was es war?“

„Ich mußte daran denken, daß du auch mit dem Menschen fertigwerden mußt — selbst wenn du mit Schwarzwolf fertigwerden solltest — was durchaus nicht wahrscheinlich ist!“

Weißwolf zitterte vor Erregung. „Auch ich habe daran gedacht“, meinte er. „Und wenn Mensch mir je so nahe kommen sollte, daß mein Sprung seine Kehlen erreichen kann, so wird er sterben, Rotfuchs.“

„So sagst du jetzt!“ höhnte der Alte. „Aber ich sage dir eines, mein lieber, junger Freund: Wenn du überhaupt je den Mut aufbringen solltest, ihm in den Weg zu treten, niemals wirst du Stärke genug in dir fühlen, auch nur die Gewalt seines Blickes zu ertragen. Das schwör ich dir, ich, der Rotfuchs. Und ich muß sagen, ich weiß nicht, welches Ende schlimmer ist, in Schwarzwolfs Magen sein Grab zu finden oder im Haus des Menschen lebendig begraben, ein elendes Sklavenleben zu führen.“

„Da tußt du mir aber gewaltig unrecht!“ rief Weißwolf. „Niemand würde ich das Foch der Dienstbarkeit auf mich nehmen. Und bin ich nicht ein freier Wolf und der Häuptling eines ganzen Hundels? Fürwahr, so ist es, bei der Mutter, die mich geboren hat.“

„Ah“, sagte der Rotfuchs, „und darf man wissen, wer die Mutter ist, die dich geboren hat?“

„Alter Narr!“ rief der Terrier. „Jeder Wolf, jeder Kapote, jeder Fuchs in diesen Bergen weiß, wie es sich verhält. Ich bin der Sohn La Sombros, und selbst die Eichhörnchen könnten dir Bescheid sagen, wenn du sie fragst.“

„Eichhörnchen und andere schnatternden Dummköpfe“, sagte der Rotfuchs, „fallen nicht sonderlich ins Gewicht. Und ich kann mir nicht helfen, ich muß dich geradezu fragen, ob es dich nicht manchmal selbst gewundert hat, wie es möglich sein kann, daß La Sombra deine Mutter ist.“

„Unsinn!“ sagte der Weißwolf. „Ich gehel Du hast nichts anderes im Kopf, als mich zu ärgern und hast deine Freude daran, Gehalt dich wäscht!“

„Weiß!“ rief Rotfuchs laut hinterher und begann ihn im langsamen Trab zu verfolgen. „Du mußt doch den einen Gefallen! Wenn du zum Wasser hinunterkommst, dann bleib einmal stehen und betrachte dein Spiegelbild im See! Aber genau!“

(Fortsetzung folgt.)

DER RUSSENSTREIK.

Kürzgeschichte

Von Franz Herbst.

Du wunderst dich, daß ich ein so überzeugter Sozialist bin, obwohl ich aus einer streng bürgerlichen Familie stamme, mein Vater Regierungsrat war und ich selbst Reserveoffizier gewesen bin? Und du möchtest wissen, wie ich Sozialist wurde? Das will ich dir gern erzählen.

Italien hat uns den Krieg erklärt. In fieberhafter Eile wurden alle im Tiroler Hinterland befindlichen Truppen in Viehwaggons gepfercht und an die italienische Grenze gebracht. In Innsbruck waren einige Tage nach der Kriegserklärung außer einer Landsturmabteilung, die den Wachdienst versah, nur noch die Einjährig-Freiwilligen, die im Ferrarishaus ihre Offiziersausbildung erhielten.

Ich war einer dieser zweihundert Einjährigen, die am Sonntag nach der Kriegserklärung durch Alarmsignale ins Ferrarishaus zurückgerufen wurden. Während ich durch die Stadt lief, überlegte ich, warum wohl Alarm geblasen wurde. Wir hatten am Tage vorher „Vorgehen mit Bajonett gegen rebellierende Volksmassen“ geübt — sollten vielleicht irgendwo Unruhen ausgebrochen sein? Ich verwarf diesen Gedanken sofort, Nein — in Innsbruck selbst war ja Ruhe, und anderswo in Prag oder in Wien — waren ja Bosniaken und Ungarn, die man im Falle von Unruhen eher zum „Ordnungsmachen“ mißbrauchen würde als uns Einjährige. Also vielleicht nur Probealarm — hoffentlich!

Es war kein Probealarm. Zwei Stunden nach dem ersten Alarmsignal standen wir schon feldmäßig adjutiert auf dem Bahnhof, eine halbe Stunde später waren wir einwaggoniert. Vor dem Bahnhof drängte sich eine aufgeregte Menschenmenge, viele meinende Angehörige meiner Kameraden waren unter ihr. Unsere Offizierschule bestand ja aus Einjährigen der vier Kaiserjägerregimenter; es waren also auch viele Inns-



bruder dabei. Der überraschende Matm und die Geheimhaltung des Zweckes boten natürlich Anlaß zu wilden Gerüchten: die Italiener wären angeblich schon sehr weit vorgedrungen, man brauche Truppen zum Gegenstoß. In Trient müßte ein Aufstand der irredentistischen Bevölkerung niedergeschlagen werden, und so weiter.

Auf den Perron durfte kein Zivilist. Abschiednehmen war ausgeschlossen. Einige Minuten später rollte der Zug ab.

Wir fuhren nicht lange. Auf dem Brenner hielt der Zug, in der Station Brennerbad wurden wir auswaggoniert. Und jetzt erfuhr wir, wozu wir ausersiehen waren.

Südlich der Station Brennerbad war ein Russenlager mit etwa tausend Gefangenen, die einen Weg auf die Anthoripitze zu bauen hatten. Es handelte sich um eine Arbeit zum Ausbau der Brennerlinie, die für den Fall eines Vordringens der Italiener besonders befestigt wurde. Die Russen hatten eine Zeittang willig gearbeitet, bis die Verpflegung noch schlechter und schwächer wurde, als sie es früher gewesen war. Da weigerten sich die Russen, weiterzuarbeiten und verlangten mehr Brot; hungriig könne man nicht arbeiten. Und ein hohes österreichisches Kommando hatte es sich in den Kopf gesetzt, ihnen das Gegenteil zu beweisen.

Nach kurzem Marsche hatten wir das Russenlager erreicht. Ein hoher Stacheldrahtzaun, innerhalb dessen sich die Russen

drängten, einige Baracken, vor denen die paar österreichischen Wachsoldaten standen. Der Kommandant der Wache, ein alter Landsturmlieutenant, erstattete unserem Hauptmann Meldung. Gleichzeitig darauf erscholl ein Kommando, wir marschierten auf und machten Front gegen die Russen.

„Laden! Laden!“ — Die Berchlässe der Gewehre rasselten. Mit einem Ruck fuhren die scharfen Patronen in die Gewehrläufe. „Bajonett auf!“ — Knackend setzten sich die blanken Bajonette an den Gewehrmündungen fest.

Die Russen hatten, als sie unseren Aufmarsch bemerkten, ihre erregten Gespräche unterbrochen und folgten unseren Bewegungen mit brennenden Augen. Ruhig und ernst saßen sie zu, wie wir luden und die Bajonette aufpflanzten. Als unser Waffenrasseln verklungen war, herrschte tiefe Stille, die wie ein Alp auf uns allen lastete.

Als der Hauptmann den Lagerdolmetz rief, ging ein Aufatmen durch die Reihen der Einjährigen. Man würde also doch unterhandeln!

Der Dolmetz bestieg ein leeres Petroleumfaß und hielt eine Rede in russischer Sprache. Wie wir später erfuhr, wurden die Russen aufgefordert, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen; jeder Widerstand sei zwecklos, im Weigerungsfalle würde mit Wassergewalt vorgegangen werden.

Die Russen weigerten sich, sie wollten nichts als mehr Brot, dann würden sie arbeiten.

Der russische Sprecher hatte geendigt; beklommene Stille lag über dem weiten Platz.

Die harte Stimme des Hauptmanns zerriß das Schweigen: „Sechs Freiwillige vor!“

So oft dieser Ruf auf dem Grenzerplatz oder im Schulhof ertönte, traten die zweihundert Einjährigen wie ein Mann vor; der Ehrgeiz lag allen im Gehirn. Jetzt rührte sich niemand.

Der Hauptmann blieb ruhig; als sich auf eine zweite Aufforderung kein Freiwilliger meldete, wurden sechs Mann bestimmt, die vor dem Eingang in den Stacheldrahtkäfig aufgestellt nehmen mußten. Der Dolmetz rief drei russische Namen; es waren die Namen der „Häufelführer“.

Unter den Russen entstand eine Bewegung. Drei Mann lösten sich von der Masse und traten vor. Der eine war ein hoch-

gewachsener, etwa dreißigjähriger Unteroffizier, mit kleinem schwarzem Schnurrbart, die beiden anderen waren gutmütig aussehende Soldaten zwischen vierzig und fünfzig Jahren.

Die sechs dazu bestimmten Einjährigen nahmen die drei Russen in die Mitte und führten sie unter dem Kommando des Hauptmanns ab. Gleich hinter den Baracken war ein kleiner Hügel, der auf der anderen Seite steil wie eine Mauer abfiel. Dorthin bewegte sich der Zug. Aufrecht und ruhig gingen die Russen — ich habe sie ehrlich bewundert.

Der Gleichschritt der Abmarschierenden verhallte — atemlose Stille lag über dem Russenlager. Minuten bergingen — langsam qualende Minuten.

Vom Hügel klang schwach und gedämpft ein Ruf herüber — dann ein zweiter Ruf. Eine Salve krachte.

Die Russen hinter dem Stacheldraht starteten uns an, wir schlugen die Augen nieder in brennender Scham.

Eine zweite Salve... eine dritte...

Dann kam der Hauptmann mit den Einjährigen zurück. Die sechs Jungen waren bleich wie der Tod.

Der Dolmetz stieg wieder auf sein Faß und redete; als er geendigt hatte, trat ein Russe vor. Ein Russe mit blondem Bart war er, der ganz nahe an den Stacheldraht herantret und zu uns sprach. Nicht an den Dolmetz richtete er seine Worte und nicht an den Hauptmann — zu uns Einjährigen redete er in seiner weichen Sprache, von der wir kein Wort verstanden. Aber er wußte, daß wir die wichtige Anklage verstehen würden, die in seinen Augen, in seinen Mienen zu lesen war. Er sprach nicht nur im Namen seiner Leidensgenossen, er sprach im Namen aller jener Millionen Menschen, die man zu arbeiten zwang für weniger, als zum nackten Leben nötig war...

Die Russen blieben standhaft, sie hatten keine Furcht. Und die hohen Herren vom österreichischen Kommando dürften eingesehen haben, daß es geratener sei, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Sie gaben nach...

Die drei Russen waren nicht vergebens gestorben. Ihr Tod nützte nicht nur ihren Genossen, er zwang uns auch zum Denken. Und wer denkt, wird Sozialist...

Die rote Spottdroffel

Blatt für Kritik und Humor



Bauernrevolte.

Das hom' s' g'lesn, de Schworzndöschlinger Monna und dos hot eah' eing'leicht und zui-g'fogt. Bei so wos warn' s' glei dabei, nur berfan de onarn nit schoiff'n. Also wie g'fogt: se hom's g'lesn, de Schworzndöschlinger Monna, des von der Bauernrevolte in Boraun in der Steiermark und hom do drüber dischpatiert und dischkarieret de gonzn Feita und a unter da Wochn, wonn s' in da Schmiedn z'sammemma san oder im Kölla.

„San holt Steirer, g'wochn wie de Lonnabam und loss'n si' nix g'jolln!“ moant da Rippl. „San a bei der Heimwehr de Mocha!“

„So soll ma's holt a amol mocha, wonn s' um d' Steia femman!“ sogt drauf da Knohinger-Moh, der mitn Rippl aus oan Trog d' Weisheit g'essen hot. „Wer zohlt denn a Steia? Wer? Na mia Bauarn, sunst zohlt neamt oan! Niedererschlogn soll ma olli, de aum Steiom!“

„Du, Moh!“ sogt drauf da Sixtn-Ferdl, da Buargamoasta, „tui die nit vafindinga und loß di nit hinreißn, 's funnt g'föhlt sei!“

„Ah, do schau!“ fohrt jacht da Rippl auf, „ah, do schau! Bist a a föllichana wie der va Boraun! Ferdl, Buargamoasta, wüllst d' is a a so hom wie der va Boraun?“

„So weit loß i's goa nit femma: a Steia muiz a niada zohln!“

„Wer: a niada?“ schreit der Rippl. „Mia alloan zohln Steiarn!“

„Also, Rippl“, erwidert ihm da Sixtn-Ferdl, „wonnst des nit woacht, noch a föllst di' um öffentlich Sochan nit fimmarn!“

„Do geht's jo goa nit um d' Steiarn!“ fährt er dazwischen. „Do geht's um de Kronnkassa! S' brau' foani und meini Deanstbotn a nit!“

„Mocha sei froh! A niada is nit so glüclli wie du! Schau, wie leicht ko' an Deanstbotn beim Vieh oder bei a Maschin wos g'föchn? Wer zohlt noch dem orma Kerln is Spitol, in Dokta oder Apothekn?“

„Des brauch ma nit! Do hol' ma de olti Zensn-Warwerl, de vasteht si a außs G'sund-mocha und außs Sympathiemittel. De kriagt a poor Blunzn und a poor Erdäpfel und de G'sicht is babel!“

„Do ko' ma mit dir nit redn!“

„Mia brauchan foa Krannkassa fir infari Deanstbotn!“ schrien alle. „Wonn oan

wos g'schiacht, so hol' ma d' Zensn-Warwerl, de to mehr als da Boda und fostn tuit' s' a nit so büll!“

So geföchen Anno Domini 1933 zu Schworzndöschling nach den Bauernaufständen 1932 in der Distriktmark um Boraun, wo fromme Chorherren von der großen Viebe zu dem Mitmenschen predigen.

Klerikaler Deutschenhaß.

Nichts fürchtet der extrem klerikale und natürlich schwarzgelbe Flügel der Christlich-sozialen Partei, der ehemalige Seipel-Klüngel, mehr, als daß Österreich dem heranwachsenden Otto und seiner politisch ehrgeizigen Mama entschlüpfen könnte. Und um nur ja zwischen Österreich und dem Reich die künstliche Kluft der Staatsgrenze aufrechtzuerhalten und womöglich noch zu verbreitern, erfand die „Reichspost“, die nachgerade die ganze Partei tyrannisiert, den österreichischen Menschen, in bewußtem Gegenatz nicht nur zum bestgehakten lutherischen Kreuzen, sondern zum Reichsdeutschen überhaupt. Und um auch kulturell eine markante Grenzlinie zu konstatieren, will das Gequatsch über das österreichische Barock nicht verstummen und aus denselben Gründen erscheint in regelmäßigen Abständen in der „Reichspost“ ein längerer Artikel über die Mission Österreichs. So auch am letzten Sonntag. Was der gesalbte Leitartikler da über Österreich und das Reich zusammenschmiert, muß jedem anständigen Menschen, gleichviel welcher politischen Partei er angehört, die Schamröte ins Gesicht treiben. Der Subler regt sich über die Parole Heim ins Reich auf und fragt entrüstet: Wieso heim und wie ins Reich? Daß der Redaktion des Pfaffenblattes, als der mitteleuropäischen Agentur der römischen Kurie, der Kirchenstaat als das eigentliche Heim erscheint, ist weiter nicht verwunderlich, daß aber Deutschland auch kein Reich ist, das für uns Österreich in Betracht käme, ist eine Sottise, die schon mehr einer Gemeinheit gleicht als einer Dummheit. Zur Ehre der französischen, italienischen oder slawischen katholischen Geistlichkeit muß allerdings gesagt werden, daß eine derart lumpige Gesinnung nur in dem führenden Blatte des österreichischen politischen Katholizismus möglich ist, in jedem anderen Staate hätte ein Blatt von der Beschaffenheit der Wiener „Reichspost“ selbst beim katholischen Klerus ausgepielt, eines Blattes, das sich vor einer Woche sogar die Freiheit leistete,

eine Rede des Wiener Erzbischofs zu zensurieren, weil in ihr ein paar-mal das Wort deutsch vorkam! Aber so ist eben der österreichische Mensch, besonders der christlichsozial-schwarzgelbe! „Der Tag wird nicht ausbleiben“, schreibt das katholische Pharisäerblatt, „der über unsere tiefste Existenzfrage Klarheit bringen wird.“ Offenbar meint das feine Blatt, daß es eines Tages gelingen werde, mit Hilfe des Atheisten Mussolini und des Großmeisters der französischen Freimaurer den heißgeliebten Herrn Otto auf den Thron eines neuen Kaiserstaates Österreich zu setzen. Und zu diesem edlen Zweck scheint dem rechten Flügel der Christlichsozialen jedes Mittel recht zu sein, das geeignet ist, das Deutsche Reich in der Welt zu diskreditieren.

Die Tante aus der Fichtegasse.

Kein Mensch ist heute noch darüber im Zweifel, daß an dem ungeheuren Unglück der Weltkrise die Friedensdiktate der Siegermächte einen größeren Teil der Schuld haben als der Krieg an sich. Besonders Mitteleuropa kann sich bei den Diktatmächten bedanken. Und wer waren die Diktatoren, denen wir unser Glend zum größten Teil zu verdanken haben? Wenn wir von dem weltfremden Professor Wilson absehen: den Herren Clemenceau und Lloyd George. Sie haben die Friedensschlüsse diktiert, deren verheerende Wirkung heute sogar in Frankreich schon begriffen wird. Das hindert unsere „Neue Freie Presse“ aber nicht, immer wieder Artikel aus der Feder des Herrn Lloyd George ihren naiven Lesern vorzuführen, der noch immer nicht so viel Takt aufbringt, sich irgendwo in einem Winkel der schottischen Berge verborgen zu halten. Da kann man übrigens, wie im Falle „Reichspost“, nur sagen: Nur in Österreich möglich! Man stelle sich einmal vor, ein großes französisches Blatt hätte einige Jahre nach der Niederlage von 1870, deren Folgen im Vergleich zur heutigen Krise gleich Null waren, einen Leitartikel aus der Feder Bismarcks gebracht! Das Redaktionsgebäude wäre von der wütenden Menge dem Erdboden gleichgemacht worden. Aber der österreichische Spießer liest in seinem Leibblatt andächtig, was einer der drei Haupt-anstifter seiner Leiden zu sagen hat und ist noch stolz über die „Beziehungen“ seines Weltblattes! Aber das bringt auch nur der österreichische Spießer zuwege.

Krieg im Osten.

Geute fallen zehntausend Chinesen. Ist nicht schon morgen Europa dran? Geute ist's nur in der Zeitung zu lesen. Doch China brüllt schon: der Krieg rückt an!

Ein Jubiläum.

Im Justizauschuß ist zum soundso vielten Male ein Antrag auf Angleichung des österreichischen Eherechtes an das reichsdeutsche mit den Stimmen der Christlichsozialen, des Landbundes und des Heimatablockes abgelehnt worden. Daß die Christlichsoziale Partei als Hüterin der Reaktion und Vollzugsorgan des Vatikan's eine Regelung des österreichischen Ehechaos nicht zulassen darf, ist selbstverständlich, ebenso, daß der Heimatblock, als eine klerikale Schöpfung dagegen sein muß, den Landbund dagegen hätte man für geheimer halten können. Aber der fürchtet, seine paar Bauern zu verlieren. Interessant ist, daß seit neuestem jede Diskussion über das leidige Eherechtsthema von den Klerikalen der verschiedenen Obervängen mit dem Hinweis auf das zu erwartende Konkordat abgeknippt wird. Offenbar hofft der österreichische Klerikalismus da ein Bombengeschäft zu machen. Es wird aber schon dafür gesorgt werden, daß die schwarzen Bappeln nicht in den Himmel wachsen. Es ist absolut nicht einzusehen, warum es ausschließlich dem österreichischen Menschen verwehrt sein soll, sich wieder zu verheiraten, wenn er sich hatte scheiden lassen.

Sehr richtige Anschauung.



Ein Franzose zum anderen: „Wissen Sie schon, die Regierung Herriot hat den Österreichern das Geld geliehen, das sie uns schuldig sind.“ — Der zweite Franzose: „Soll doch Amerika dasselbe mit uns tun!“